

STELL DIR MAL VOR



**SCHWERPUNKT
SICHERHEIT**

Kennen Sie schon das Greenpeace Magazin?

Das Greenpeace Magazin steht für mutigen und konstruktiven Journalismus – werbefrei und 100% leserfinanziert. Es erscheint alle zwei Monate und informiert mit engagierten Reportagen, fundierten Berichten und hilfreichen Analysen zu Themen aus Umwelt, Politik und Gesellschaft.

Bestellen Sie jetzt Ihr Jahresabo und Sie erhalten als Geschenk unseren Umweltratgeber „Tu was!“. **Alles über unsere Abo-Angebote und weitere sinnvolle Prämien erfahren Sie auf greenpeace-magazin.de/abo und unter 040 / 38 66 66 306. Wir freuen uns auf Sie!**

Print-Abo für 38,50 Euro

Digital-Abo für 32,50 Euro

Kombi-Abo für 43,50 Euro



Abo-Prämie
mit Sinn!

Tu was!

Unser schwungvoll illustrierter Ratgeber mit 123 Tipps für jeden Tag. Die Devise lautet: Jeder kann die Welt verändern!

Hardcover / Format: 15 x 19 cm
Material: 100% Recyclingpapier

Das Buch ist auch online erhältlich:
greenpeace-magazin.de/shop



**greenpeace
magazin.**

MERKSATZ

„Für eine erfolgreiche Bewältigung der Corona- und anderer globalen Krisen ist die Fähigkeit zu kooperativem und multilateralem Handeln entscheidend. Europa ist gefordert.“

Volker Perthes, Seite 9

Er ist da! Ende Juni haben wir den neuen Entwurf unseres Grundsatzprogramms präsentiert. Viele Monate haben wir intensiv an dem Dokument gearbeitet. An dieser Stelle mein großer Dank an alle, die sich bislang mit ihrem Engagement und ihren Ideen in den Prozess eingebracht haben! Die Veröffentlichung passt sehr gut in diese Zeit, in der die Gesellschaft hungrig ist nach positiven Zukunftsentwürfen.

Wir Bündnisgrüne haben uns immer als eine Partei definiert, die mutig nach vorne geblickt hat. **Zukunftsorientiert zu sein bedeutet für uns, auch Risiken und Chancen zu erkennen, wenn sie noch nicht sichtbar sind.** Früh – lange vor Tschernobyl – haben wir die Gefahren der Atomenergie benannt. Dass sich im Jahr 1987 die atomaren Großmächte der Abrüstung verpflichteten, war ein Erfolg der Friedens- und Umweltbewegung: Die Vorsorge hatte Sicherheit gebracht.

Diesen vorausschauenden Blick brauchen wir gerade jetzt mehr denn je! In diesem Heft haben wir deshalb die **Stimmen vieler anerkannter Expert*innen** versammelt. Ihre Standpunkte helfen uns zu verstehen, wo wir jetzt dringend handeln müssen.

In unserem Grundsatzprogramm entwurf definieren wir Sicherheit neu: als **Vorsorge und Widerstandsfähigkeit**, sei es gegen Viren, Atomenergie, Klima- oder Finanzkrisen. Und so ist Sicherheit für uns nicht nur thematisch, sondern auch geografisch ein umfassender Wert, der im globalen Bezugsrahmen neu gedacht werden muss.

Was macht für euch eine krisenfeste Gesellschaft aus?

Bis zum 31. Juli 2020 seid ihr herzlich eingeladen, den Entwurf des Grundsatzprogramms zu kommentieren und zu diskutieren (s. Seite 28). Ende August soll dann ein finaler Entwurf stehen, den wir, sofern es die Umstände erlauben, bei der BDK im November endgültig beschließen.

Habt einen schönen, sicheren, gesunden Sommer!

Euer Michael



MICHAEL KELLNER
Politischer Geschäftsführer

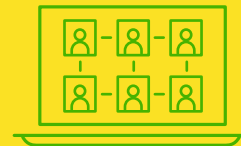


Premiere 01

Wir haben im April die Schallmauer durchbrochen:

**Jetzt sind wir mehr als
100.000 Mitglieder!**

Danke, dass ihr dabei seid – und mit uns für eine sichere, sozial gerechte, nachhaltige und offene Gesellschaft kämpft!



Premiere 02

Als erste Partei in der Geschichte der Bundesrepublik haben wir Anfang Mai einen digitalen Parteitag abgehalten. Netzpremiere! Und wir bleiben weiter online präsent.

Macht mit!
gruene.de/umschalten



ÜBERLEBENSWICHTIG

Sicherheit bedeutet, dass jede und jeder genug zum Leben hat. In Europa und Nordamerika verschärft die Corona-Krise Ungleichheiten. Hart erarbeitete Existenzen zerbrechen, Menschen stehen am Abgrund. Auch den globalen Süden trifft die Pandemie mit voller Wucht. Lieferketten sind gekappt, Zuliefer-Industrien betroffen (im Bild Baumwolle), Felder liegen brach, Lebensmittelpreise steigen, die UN warnen vor Hungerkatastrophen – auch weil aufgrund der Klimakrise Dürren ganze Ernten zerstören. Für die Ärmsten geht es buchstäblich ums Überleben. Diesen Entwicklungen stellen wir ein nachhaltiges Sicherheitsversprechen entgegen: eine sozial-ökologische Transformation, der klimaneutrale und sozial gerechte Umbau der Wirtschaft, als Ausweg und Aufbruch aus der Krise. Für alle! Mehr: gruene.de/wohlstand



Sicherheit oder Freiheit?

EVA WEBER-GUSKAR erklärt, wie in Zeiten großer Unsicherheit philosophische Theorien den Politiker*innen helfen können, Antworten auf moralische Fragen zu finden.

Protokoll: Julia Decker

In der Coronakrise müssen Politiker*innen schnell Entscheidungen von großer Tragweite und moralischem Gewicht treffen. Philosophie kann genauso wenig wie andere Wissenschaften der Politik diese Entscheidungen abnehmen. Aber sie kann helfen, einen Überblick darüber zu gewinnen, welche Normen und Werte wie betroffen sind.

Zunächst scheint bei der Entscheidung „Lockdown versus Laissez-faire“ einfach „Leben (Sicherheit vor dem verfrühten Tod) versus Freiheit“ zu stehen. Darf man die Freiheiten *aller* in einer Gemeinschaft *massiv* einschränken, um das Sterberisiko *einiger* aus dieser Gesellschaft zu verringern? Hier kann man eine relativ klare Antwort vertreten: Ja, Leben geht vor, da man am Leben sein muss, um überhaupt Freiheit nutzen zu können.

Einige behaupten jedoch, dass die Lage viel dramatischer sei. Es stünde nicht „Leben gegen Freiheit“, sondern „Leben gegen Leben“, wenn Maßnahmen, die das Leben sichern sollen, so stark sind, dass durch sie Leben auf andere Art gefährdet wird. Wenn zum Beispiel die wirtschaftliche Grundlage zur Existenzsicherung wegbricht oder Menschen häuslicher Gewalt ausgesetzt sind. Das sei ein moralisches Dilemma: eine Situation, in der beide Handlungsoptionen gleich schlecht sind.

Ebenso könnte man in der Coronakrise „Freiheit gegen Freiheit“ stehen sehen. Wenn die einen fordern: „Ich will raus! Ich will die Freiheit haben, alles machen zu können: Freunde treffen, Fußball spielen und auf eine Demo gehen“, dann sagen die anderen: „Wir haben auch ein Recht auf Freiheit und die, besonders die der Gefährdeten, wird umso mehr beschnitten, je mehr du deine Freiheit ausweiten willst“.

Doch genau besehen, steht Leben nicht direkt gegen Leben, sondern nur zeitversetzt – und hier kann man eingreifen: Man muss jene, die jetzt wegen der Maßnahmen nichts mehr verdienen, mit wirtschaftlicher Hilfe vor späterer Not retten. Und was die Freiheit betrifft, so ist zu differenzieren: Die Freiheit für die einen, politisch zu demonstrieren, mag so wichtig sein, wie die Freiheit der anderen, überhaupt vor die Tür gehen zu können. Aber die Freiheit, Fußball zu spielen, ist weniger wichtig. So müssen Kompromisse gefunden werden.

Oft erwartet man von der Moralphilosophie, dass sie Regeln an die Hand gäbe, um für alle Fälle eindeutig entscheiden zu können, welches Tun richtig und welches falsch ist. Deshalb sind Moraltheorien, die nur ein Grundprinzip kennen, so verlockend. Nach dem Utilitarismus ist moralisch gut, was den höchsten erwartbaren Nutzen hat. Der Kategorische Imperativ von Kant besagt, dass man nur so handeln soll, wie man auch wollen kann, dass alle handeln sollten – ohne dass man dadurch selbst in einen Widerspruch käme. Nach beiden Theorien müsste es immer eine klare Lösung geben.

Der Politik könnte eher eine pluralistische Theorie in der Tradition von Aristoteles helfen. Der Philosoph David Ross geht von einer Liste von Pflichten aus, also von mehreren Prinzipien ohne Rangliste. Zwischen ihnen muss man in jeder konkreten Situation mit moralischer Urteilskraft abwägen. Es gibt die Pflicht, sich selbst zu vervollkommen und dazu muss man auf Freiheiten zurückgreifen. Aber wenn diese nur für den Preis zu haben wären, der Pflicht der Gerechtigkeit, der Wohltätigkeit und der Schadensvermeidung nicht nachzukommen, sollte einleuchten, was richtig ist: etwa auf Feiern mit Freunden und Fernreisen zu verzichten.

Beim Umgang mit den Folgeerscheinungen der Coronakrise könnten außerdem womöglich Einsichten der Emotionsphilosophie helfen. Unser Denken wird durch Gefühle stark beeinflusst. Durch Angst oder Wut zum Beispiel. Wenn jemand im Griff einer solchen Emotion ist, nimmt er die Wirklichkeit häufig etwas verzerrt wahr – nämlich so, wie es zu seiner Emotion passt. Doch nicht jede Emotion ist angemessen. Man muss fragen: Worauf genau bezieht sich die Emotion? Liegt nicht eine falsche Überzeugung zugrunde? Angst vor mangelndem Einkommen durch die Einschränkungen kann berechtigt sein – in anderen Ländern aber sicher sehr viel mehr als im deutschen Sozialstaat. Es ist wichtig, den Bürger*innen klar zu vermitteln, dass die Freiheit etwa in Form von Ausgangsbeschränkungen und Kontaktverboten nicht „gegen“ die Bürger*innen vorübergehend eingeschränkt wird, sondern „für“ die Bürger*innen und ihre Gesundheit. Und damit langfristig auch für ihre Freiheit.

Kategorischer Imperativ von Kant
Beispielsweise ist es falsch zu lügen, da, wenn alle beliebig lügen würden, niemand mehr dem anderen glauben würde – was man nicht wollen kann, weil dann ja auch die eigene Lüge nicht mehr funktionieren würde.

Moralische Pflichten nach Ross
Pflichten der
– Treue,
– Wiedergutmachung,
– Dankbarkeit,
– Gerechtigkeit,
– Wohltätigkeit,
– eigenen Vervollkommenung,
– Schadensvermeidung

EVA WEBER-GUSKAR
forscht an der Ruhr Universität Bochum zu den Schwerpunkten Ethik und Philosophie der Emotionen. 2019 erhielt sie eine Heisenberg-Professur. Zuletzt erschien von ihr „Würde als Haltung. Eine philosophische Untersuchung zum Begriff der Menschenwürde“.

Europa in der Verantwortung?



USA CHINA EU im Vergleich

**Konjunktur-
entwicklung 2020
in Prozent:**
USA: -8
China: +1
Euro-Zone: -10,2
(IWF-Schätzung,
Stand: Juni 2020)

**Anteil an
den weltweiten
Militärausgaben
(1,917 Billionen
US-Dollar)
2019 in Prozent:**
USA: 38
China: 14
Frankreich: 2,6
Deutschland: 2,6
Italien: 1,4
(Stand: April 2020)

Marktmacht:
Zu den zehn wertvollsten Unternehmen der Welt zählten im Jahr 2019 sieben US-amerikanische und zwei chinesische Firmen.

Quellen: IWF, ARD Börse, Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri – Military Expenditure Database

Welche Auswirkungen könnte der Corona-Schock auf die Geopolitik haben?
VOLKER PERTHES, Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik, sieht einen neuen Kalten Krieg heraufziehen – und Europa in Führungsverantwortung.

Protokoll: Gero Günther

Ich teile grundsätzlich die These, dass eine globale Krise bereits vorhandene Trends verstärken oder beschleunigen kann. Und ab einem gewissen Punkt führt das Verstärken und Beschleunigen womöglich sogar in einen anderen, neuen Zustand über, wie sich das derzeit im Verhältnis zwischen den USA und China abzeichnet. Nehmen wir an, US-Präsident Donald Trump wird im November wiedergewählt und hält es weiterhin für sinnvoll, die Feindschaft mit China zu pflegen. Dann könnte dieser Trend in etwas umschlagen, was ich vor der Corona-Pandemie noch für unmöglich gehalten hätte: nämlich in einen neuen Kalten Krieg.

Spätestens seit dem Jahr 2017 ist die Entwicklung des Großmachtkonflikts zwischen den USA und China ein neues Leitparadigma internationaler Politik. Es ist nicht nur ein Konflikt um Status – wer ist die Nummer Eins? –, sondern auch ein Konflikt um Einfluss, um Technologieführerschaft. Und es ist ein ideologischer Konflikt.

Nun haben wir mit der Pandemie ein Problem, das nur global gelöst werden kann. Durch internationale Zusammenarbeit, gemeinsame Forschung, den Austausch von Informationen. Wir bräuchten eine Stärkung der Weltgesundheitsorganisation und eine Verbesserung der Vorsorgemaßnahmen und der Public-Health-Infrastruktur in allen Ländern der Welt. Stattdessen nutzen die USA und China die Pandemie, um ihren ohnehin schon existierenden Konflikt zu beflügeln, und beide Seiten tragen dafür Verantwortung.

Kooperation vs. Konfrontation

Ob wir wollen oder nicht, wir müssen mit dem chinesischen System umgehen, so wie es ist. Wir können es nicht ignorieren. China ist nicht Nordkorea, sondern ein unverzichtbarer Partner, wenn wir über Klimaschutz oder Wirtschaft reden. Und es ist gleichzeitig eben ein systemischer Rivale: China geht momentan in die ideologische Offensive. Das Regime versucht, die Effektivität eines autoritären Systems am Beispiel der Pandemiebekämpfung zu demonstrieren. Die chi-

nesische Führung will zudem die Frage der Verantwortung abwälzen und hat dabei selbst das Gerücht gestreut, dass das Virus in US-amerikanischen Labors entstanden sei. Und auch die US-amerikanische Seite argumentiert ideologisch. Trump nutzt die Pandemie für eine allgemeine „China-ist-Schuld“-Rhetorik, bei der sogar unterstellt wird, die Chinesen hätten das Virus womöglich mutwillig in aller Welt verbreitet.

Die USA verlieren derzeit vor allem dadurch global an Glaubwürdigkeit, dass sie das nicht tun, was sie beispielsweise in der Ebola-Krise (2014 – 2016) geschafft haben: zu führen. Diesmal gibt es keine amerikanische Führung, ja sie erheben nicht einmal den Anspruch darauf. Vielmehr heißt es: „America First!“ Wenn Impfstoffe hergestellt werden, sollen Amerikaner*innen zuerst davon profitieren. Zudem greift Trump die Weltgesundheitsorganisation an – genau in einem Moment, in dem sie ein unverzichtbarer Akteur ist. Das passt genau in die Linie seiner Außenpolitik der letzten drei Jahre: zur Lahmlegung der Welthandelsorganisation WTO, der Suspendierung der US-amerikanischen Mitgliedschaft in der UNESCO, der Kündigung des INF-Atomabrüstungsvertrags (s. dazu S. 10, Anm. d. Red.) und so weiter. Man fragt sich, wie weit er den Ruf der USA noch unterminieren kann. Allmählich zeigt sich, dass andere Staaten sich nicht mehr nur darüber beklagen, dass die USA unter Trump nicht mehr führen, sondern auch Führungsversuchen Trumps die kalte Schulter zeigen. Dass die Bundeskanzlerin die Teilnahme an einem von den USA vorgeschlagenen G7-Gipfel absagt, ist ja schon ziemlich ungewöhnlich – hat aber bei anderen G7-Chefs eher Zustimmung gefunden und zur Verschiebung des Gipfels geführt.

„Spätestens seit dem Jahr 2017 ist die Entwicklung des Großmachtkonflikts zwischen den USA und China ein neues Leitparadigma internationaler Politik. Es ist nicht nur ein Konflikt um Status – wer ist die Nummer Eins? –, sondern auch ein Konflikt um Einfluss, um Technologieführerschaft. Und es ist ein ideologischer Konflikt.“



SOLIDARISCH

Kooperation statt Konkurrenz! Sicherheit entsteht durch Zusammenarbeit. Wenn wir uns der Krise mit aller Macht entgegenstellen wollen, geht das nur europäisch. Zwei Drittel der deutschen Exporte gehen nach Europa. Wenn Italiener*innen keine deutschen Produkte mehr kaufen, steigt die Arbeitslosigkeit bei uns. Was jetzt noch fehlt? Aus der wirtschaftlichen Union werden Corona hat gezeigt: Wir können auch anders. Trotz der Anlaufschwierigkeiten, belegt der „Solidaritäts-Tracker“ der Denkfabrik *European Council on Foreign Relations*, hat die EU in der Coronakrise zusammengehalten. „Praktisch jedes EU-Mitglied hat sich mit anderen solidarisch gezeigt“ – medizinisch, wirtschaftlich, menschlich.

Mehr: <https://www.ecfr.eu/solidaritytracker>



WIDERSTANDSFÄHIG

Die Städte der Welt wachsen weiter – und mit ihnen Risiken und Chancen. Die urbanen Infrastrukturen verbrauchen schon heute 70 Prozent der Energie weltweit. Im Jahr 2050 werden zwei Drittel der Weltbevölkerung in Metropolen leben. Wie sicher, stabil, sozial gerecht und lebenswert – das entscheidet sich jetzt. Je grüner und lebendiger eine Stadt ist, desto gesünder sind die Menschen. Kreative Ideen gibt es viele: Grüne Dächer helfen, das Stadtklima zu verbessern, Wärme im Gebäude zu halten und den Energieverbrauch zu senken. Und: Sie schaffen neue Ökosysteme. Auf einem begrünten Dach im Münchner Werksviertel leben neben Bienen und Hühner drei Schafe und zwei Lämmer. Mehr: <https://werksviertel-mitte.de>

„Europa spricht nicht mit einer Stimme. Und vielleicht müssen wir zu der Einsicht kommen, dass das eben so ist. Wir sollten nicht das Perfekte zum Feind des Guten machen.“

Große Sorge bereitet mir der 3. November, der Wahltag in den USA. Einige Verwerfungen der US-amerikanischen Politik ließen sich korrigieren, wenn wir einen klaren Wandel hätten. Vier weitere Jahre Trump wären jedoch ungeheuer gefährlich. Nicht nur, weil er dann weiter die normativen und institutionellen Grundlagen der internationalen Ordnung beschädigen wird. Auch seine Innenpolitik ist ein Pulverfass. Als Trump in der Coronakrise mit Tweets wie „Liberate Michigan“ seine Anhänger mobilisierte, die dann teils mit Sturmgewehren bewaffnet auf der Besuchertribüne des State Capitol in Lansing standen – dort haben das Parlament und die Regierung Michigans ihren Sitz –, war das schon mehr als besorgniserregend. Die Reaktion des US-Präsidenten auf den Tod von George Floyd in Minneapolis und die Proteste gegen Rassismus in den USA zeigen, dass dieser Präsident bei der so wesentlichen Aufgabe eines Staatschefs, das Land gerade in Krisen zusammenzuführen, nicht nur versagt, sondern dass er aktiv die Spaltung und Polarisierung der amerikanischen Gesellschaft betreibt, um eigene Wahlchancen zu verbessern. Meine größte Sorge ist jedoch ein unklares Wahlergebnis. Wenn die Zahlen in den entscheidenden Staaten eng beieinander liegen und Trump womöglich das Ergebnis dann nicht akzeptiert, ist auch in den USA ein Verlust von Rechtsstaatlichkeit und Ordnung nicht auszuschließen.

Europas Führungsrolle

Für eine erfolgreiche Bewältigung der Corona- und anderer globalen Krisen ist die Fähigkeit zu kooperativem und multilateralem Handeln entscheidend. Europa ist gefordert. Während die Globalisierung, wie wir sie bisher kennen, sicher ein Stück weit zurückgefahren wird, könnte sich eine Form von neuer Globalität entwickeln. Beispielsweise wenn wir einsehen, dass es nicht reicht, nur in Europa ein funktionierendes Gesundheitssystem zu haben. Wir könnten uns am Aufbau eines widerstandsfähigen afrikanischen Gesundheitssystems beteiligen. Wichtig ist natürlich auch die Frage, ob wir Impfstoffe als öffentliche Güter betrachten, die allen zur Verfügung stehen müssen.

Es wird viele Staaten geben, die als Schwellenländer in die Krise gegangen sind und als schwer geschädigte Ökonomien herauskommen werden.

Die Pandemie wird vermutlich zu einer Verschärfung von Ungleichheit führen. Es wird zu noch mehr Binnenvertreibung und Flucht kommen, zu Revolten, Unruhen und Bürgerkriegen. Das Problem ist bekannt, aber was können wir tatsächlich tun? Entwicklungszusammenarbeit? Schuldentstreichung für die ärmsten Länder? Das wird nicht reichen.

Auch hier ist Europa gefragt, aber Europa spricht nicht mit einer Stimme. Und vielleicht müssen wir zu der Einsicht kommen, dass das eben so ist. Wir sollten nicht das Perfekte zum Feind des Guten machen. Aber wir sollten die Themen bestimmen, bei denen der Europäischen Union nichts anderes übrigbleibt, als mit einer Stimme zu sprechen. Und wenn wir richtig gut sind, schaffen wir dafür auch die institutionellen Vorkehrungen – also die Bereitschaft, bei bestimmten außenpolitischen Fragen auch Mehrheitsabstimmungsverfahren zuzulassen. Wenn man nämlich keine gemeinsame Erklärung zu den Menschenrechten in China oder den Annexionsplänen Israels in der Westbank hinbekommt, nervt das im Innenverhältnis und, schlimmer noch, es unterminiert die Position EU-Europas international.

Und wenn wir, und ich halte das überhaupt nicht für aussichtslos, eine gemeinsame Grundlage für eine Wiederaufbau-Agenda nicht nur in Europa, sondern auch in Partnerstaaten schaffen, die sich an bestimmten Kriterien der Nachhaltigkeit, der guten Regierungsführung orientiert, wäre das ein riesiger Schritt. Bei der globalen Geberkonferenz zur Allianz gegen Covid-19 ist die Europäische Union gut und geschlossen aufgetreten. Erfolg macht dann Mut und Spaß – und auch europakritische Staaten lassen sich in solchen Fällen umstimmen. Für die EU insgesamt ist wichtig, dass Entscheidungen zum „Post-Corona-Wiederaufbau“ auf sehr viel mehr als ein „Wieder“-Aufbauen des Gehabten hinauslaufen. Notwendig ist, wie die Pläne zur „Next Generation EU“ ja durchaus versprechen, ein massives, aus gemeinsamen Mitteln gefördertes Programm zum Auf- und Ausbau einer wettbewerbsfähigen, digitalen und nachhaltigen Wirtschaft. Die EU ist ja geübt darin, Mittel, die sie verteilt, mit inhaltlichen Konditionen zu versehen. Ich wüsste nicht, warum das hier nicht gelingen sollte.

Ja, wir haben aktuell eine echte Krise, die Entscheidungen erfordert. Natürlich kann die Europäische Union diese Dinge nicht alleine angehen – aber wenn nicht wir, wer dann?



Die friedlichsten Länder der Welt Sehr hoher Friedenstatus:

- 1 Island
- 2 Neuseeland
- 3 Portugal
- 4 Österreich
- 5 Dänemark
- 6 Kanada
- 7 Singapur
- 8 Tschechische Republik
- 9 Japan
- 10 Schweiz
- 11 Slowenien
- 12 Irland
- 13 Australien
- 14 Finnland

Hoher Friedensstatus:

- 15 Schweden
- 16 Deutschland

Bewertungskriterien:
Anzahl der geführten Kriege, geschätzte Zahl der Toten durch interne und externe Kriege, Beziehungen zu Nachbarländern, Grad des Respekts für Menschenrechte, Anzahl von Morden und andere.

Quelle: Global Peace Index 2020

VOLKER PERTHES

Jahrgang 1958, ist als Politologe, Buchautor und Politikberater ein vielgefragter Kommentator zu außenpolitischen Fragen, internationalen Beziehungen und der Lage im Nahen und Mittleren Osten. Er ist Direktor der Stiftung Wissenschaft und Politik und war eng in die UN-geführten Genfer Friedensverhandlungen zu Syrien eingebunden.

Alarmstufe rot?

Die Angst vor einem Atomkrieg trieb in den 80er-Jahren Millionen Deutsche auf die Straße. Gerade lassen die atomaren Großmächte die letzten Rüstungskontrollverträge auslaufen, eine neue Aufrüstungsspirale beginnt sich zu drehen. Friedensforscher **OLIVER MEIER** schätzt die Gefahr eines Atomkriegs aktuell höher ein als vor vierzig Jahren.

Protokoll: Gero Günther



7.000

Atomwaffen waren in etwa im Jahr 1991 in Europa stationiert.

150

Atomwaffen stationieren die USA vermutlich im Jahr 2020 noch in Europa.

Der Grund für den massiven Rückgang: Russland und die USA unternahmen am Ende des Kalten Kriegs einseitige sowie vertraglich vereinbarte Abrüstungsschritte. Atomwaffen schienen zunächst auch keine Instrumente der Kriegsführung mehr zu sein.

Quelle: Oliver Meier

Auch ich bin zu Beginn der 80er-Jahre auf die Straße gegangen, um gegen die Stationierung von Pershing-Raketen zu demonstrieren. Der Atomkrieg war damals keine abstrakte Bedrohung. Bei den Pershings handelte es sich um Waffen mit sehr kurzer Vorwarnzeit. Sie hätten Moskau in acht Minuten erreichen können. Und auf der anderen Seite hatten die Russen ihre SS-20-Raketen. Mitteleuropa wäre bei einer Eskalation des Nuklearkonflikts ausgelöscht worden.

Der Intermediate Range Nuclear Forces-Vertrag (INF-Vertrag) zur Abschaffung dieser gefährlichen Waffen war im Jahr 1987 der Durchbruch am Ende des Kalten Kriegs. Es war ein Akt mit großer symbolischer Wirkung. Ronald Reagan und Michail Gorbatschow hatten mit dem INF-Vertrag eine ganze Kategorie von Atomwaffen vollständig abgeschafft. Und zwar keine Waffen, die wie so oft bei Abrüstungsmaßnahmen eigentlich schon überaltert waren, sondern brandneue. Der Vertrag läutete die Hochzeit der Abrüstung und der Rüstungskontrolle ein. In seinem Gefolge wurden in den 90er-Jahren weitere Waffengattungen komplett abgeschafft oder reguliert. Aber dieses wichtige Abkommen gehört nun der Geschichte an, der INF-Vertrag wurde im letzten Jahr erst durch die USA und dann durch Russland gekündigt. Er war auch nicht mehr so wirksam wie Ende der 80er, weil die landgestützten Mittelstreckenwaffen zwar verboten blieben, Russland und die USA inzwischen aber Raketen von ähnlicher Reichweite auf Schiffen und Flugzeugen stationiert hatten.

Rückschritt in die 70er-Jahre

Die große Wende in der Rüstungskontrolle kam mit US-Präsident George W. Bush. Die USA begingen den großen strategischen Fehler, im Jahr 2002 den Vertrag zur Begrenzung von Raketenabwehrsystemen aufzukündigen, weil man fand, dass Russland jetzt gar nicht mehr das eigentliche Problem sei und sich die politischen Beziehungen stark verbessert hätten. Stattdessen hieß es aus den USA: Wir müssen uns vor

sogenannten Schurkenstaaten schützen und brauchen ein Raketenabwehrsystem gegen den Iran und Nordkorea. Russland kritisierte dieses Vorgehen scharf, weil aus Sicht des Kreml damit auch das strategische Gleichgewicht zwischen Ost und West geschwächt wurde. Damals wurde eine Entwicklung eingeleitet, an deren Ende nur noch Rudimente des Rüstungskontrollwerks übrigblieben.

Den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag), der die Obergrenze für schwere Waffensysteme festlegte, wird von Russland seit dem Jahr 2007 nicht mehr umgesetzt. Den Open-Skies-Vertrag, der gemeinsame Überflüge regelte und so viel Vertrauen und Transparenz schuf, haben die USA im Mai aufgekündigt. Und der New START-Vertrag zur Begrenzung von strategischen Waffen – das sind weitreichende Waffen mit meist großer Sprengkraft – droht im Februar 2021 auszulaufen. Es ist unklar, ob die USA und Russland es schaffen, diesen Vertrag zu verlängern. Insofern wird es voraussichtlich ab Februar überhaupt keine nuklearen Rüstungskontrollverträge zwischen den beiden größten Nuklearmächten mehr geben. Das ist alarmierend und ein Rückschritt in die frühen 70er-Jahre. Zwar hat sich die Anzahl der in Europa und Westeuropa stationierten Atomwaffen verringert (s. Randnotiz, Anm. d. Red.). Was sich aber in keiner Weise verringert hat, ist das militärische Denken über die Zweckmäßigkeit der nuklearen Abschreckung. Dieses Denken ist im Kern ungebrochen.

Der letzte Abrüstungsvertrag

Die USA reden heute sehr viel darüber, dass Länder wie China eine neue Bedrohung darstellen. Es ist aber immer noch so, dass 90 Prozent der weltweit vorhandenen circa 13.400 Atomsprengköpfe in der Verfügungsgewalt der USA und Russlands sind. Andere Staaten wie China kontrollieren „nur“ wenige Hundert. Die USA argumentieren, dass der New START-Vertrag erst dann verlängert werden kann, wenn eine Reihe von Dingen angepasst werden und auch China in die Verhandlungen einbezogen wird. Peking aber findet, dass die Unterschiede in den Beständen zu groß sind, um eine Begrenzung der eigenen Sprengköpfe in Betracht zu ziehen. Die chinesische Staatsführung hat klar zum Ausdruck gebracht, dass sie die Forderungen für unsinnig hält.

Es liegt der begründete Verdacht nahe, dass es gar nicht so sehr um den Wunsch geht, China in ein solches Vertragswerk mit einzubeziehen. Denn dann müssten die USA ja ihrerseits Verhandlungs-

„Es wäre also für die Europäer*innen an der Zeit, sich sehr große Sorgen zu machen. Und die Experte*innen stimmen darin überein, dass die nukleare Risikobegrenzung ganz oben auf der Agenda stehen müsste.“

bereitschaft signalisieren, also auf den Tisch legen, welche Waffensysteme sie im Gegenzug begrenzen würden. Ein solches Angebot ist aber nie unterbreitet worden. Das spricht dafür, dass es sich hier tatsächlich um ein Scheinargument handelt, das man vorbringt, um sich mit der Aufkündigung des New START-Vertrags von diesem letzten Rüstungskontrollvertrag zu befreien – und dann auch im strategischen Bereich aufrüsten zu können. Das legen zumindest Äußerungen von US-Regierungsmitgliedern nahe, die eine sehr harte, ideologisch begründete Abneigung gegenüber jeglichen Rüstungskontrollverträgen haben. Man will die eigenen Rüstungsvorhaben auf keinen Fall einschränken müssen.

Und natürlich ist auch Russland kein Staat, der solchen militärischen Kategorien der Machtausübung abgeneigt ist. Wir wissen, dass Russland sein Atomwaffenarsenal diversifiziert und neue Typen von Atomwaffen entwickelt hat und weiterentwickelt. Es gab im März 2018 eine mittlerweile legendäre Rede Putins, bei der er voller Stolz eine ganze Reihe neuer Nuklearsysteme präsentierte. Systeme, die teilweise schon grotesk klingen. Einen nuklear betriebenen Torpedo etwa, der über 4.000 Kilometer Reichweite verfügt und der – mit einem atomaren Sprengkopf ausgerüstet – Küstenregionen angreifen kann. Oder einen nuklear betriebenen Marschflugkörper, der praktisch unbegrenzt in der Luft gehalten werden kann, um dann Atomwaffen an bestimmte Ziele zu lenken. Man weiß auch, dass es mit diesen Systemen bereits tödliche Unfälle gab. Solche Tendenzen sind natürlich extrem destabilisierend. Die Gefahr, dass in Europa oder in Südasien Atomwaffen zum Einsatz kommen, könnte derzeit tatsächlich höher sein als im Kalten Krieg.

Neue nukleare Ordnung

Zudem haben wir heute eine nukleare Ordnung, die komplexer ist als damals. Mit neuen Akteuren, die Sorgen bereiten. Neben China sind das Indien, Pakistan und auch Nordkorea. Wir haben technologische Trends, die selbst für absolute Fachleute schwer zu greifen sind: eine Vermischung von konventionellen und nuklearen Abschreckungssystemen beispielsweise, die sehr gefährlich ist. Es sind heute Cyberangriffe auf nukleare Frühwarnsysteme denkbar. Viele Expert*innen sind sehr besorgt darüber, dass eine Krise unter diesen Bedingungen sehr schnell aus dem Ruder laufen könnte.

In den 80er-Jahren war die Bevölkerung alarmiert. Heute ist die Bedrohung aus dem öffentlichen Be-

wusstsein verschwunden. Es gibt in Deutschland keine großen Manöver mehr, keine Tiefflüge. Die Sirenen heulen nicht mehr zum Zivilschutz. Dabei ist die Lage eigentlich noch bedrohlicher als früher. Unstrukturierter. Damals hatten die UdSSR und die USA schrittweise gelernt, zumindest ein Stück weit mit Atomwaffen umzugehen und die Dinge nicht eskalieren zu lassen. Die Rüstungskontrollarchitektur war, ausgehend von der Kuba- und der Berlinkrise, das Ergebnis eines langen und schwierigen Lernprozesses. Davon kann unter Trump und Putin nicht mehr die Rede sein. Es kommt immer wieder zu verantwortungslosen atomaren Drohgebärden. Beide sind risikobereit, haben wenig Erfahrung im Umgang mit Atomwaffen und verwenden eine Sprache, die brandgefährlich ist. Das sind zusammen genommen riesige Veränderungen gegenüber den 80er-Jahren.

Deeskalation durch Europa

Es wäre also für die Europäer*innen an der Zeit, sich sehr große Sorgen zu machen. Und die Experte*innen stimmen darin überein, dass die nukleare Risikobegrenzung ganz oben auf der Agenda stehen müsste. Am wichtigsten ist, dass die Europäer*innen weiter an Rüstungskontrollverträgen festhalten und diese – wo immer möglich – auch umsetzen, selbst wenn sich eine Großmacht zurückzieht. Die politischen Verhältnisse können sich schnell ändern, neue Verträge auszuhandeln dauert aber oft Jahre oder Jahrzehnte.

Und Europa muss Multilateralismus ernst nehmen und denjenigen entschlossen entgegenreten, die Rüstungskontrolle für ein „Schön-Wetter-Unternehmen“ halten. Das heißt auch: Man kann auf Dauer nicht einerseits die angeblich sicherheitsfördernde Wirkung der nuklearen Abschreckung für sich selber preisen und andererseits anderen Staaten gegenüber nuklearen Verzicht predigen.

Ein wichtiger Schritt, die Glaubwürdigkeit eigenen Handelns zu stärken, wäre das klare Bekenntnis, mittelfristig auf die Stationierung von US-Atomwaffen in Europa zu verzichten. Die nukleare Teilhabe der NATO ist militärisch überholt, das Festhalten an ihr aber ein Symbol für die Inkonsistenz im Streben nach einer atomwaffenfreien Welt. Ein atomwaffenfreies Deutschland könnte überzeugender für Abrüstung eintreten, als dies jetzt der Fall ist, da noch Atomwaffen in Deutschland stationiert sind.



70.000

Atomwaffen hatten die Atommächte zu Spitzenzeiten des Kalten Kriegs.

Heute verfügen sie noch über weniger als ein Fünftel des Arsenals von damals.

Verteilung der Atomwaffen Anfang 2020:

USA: 5.800
Russland: 6.375

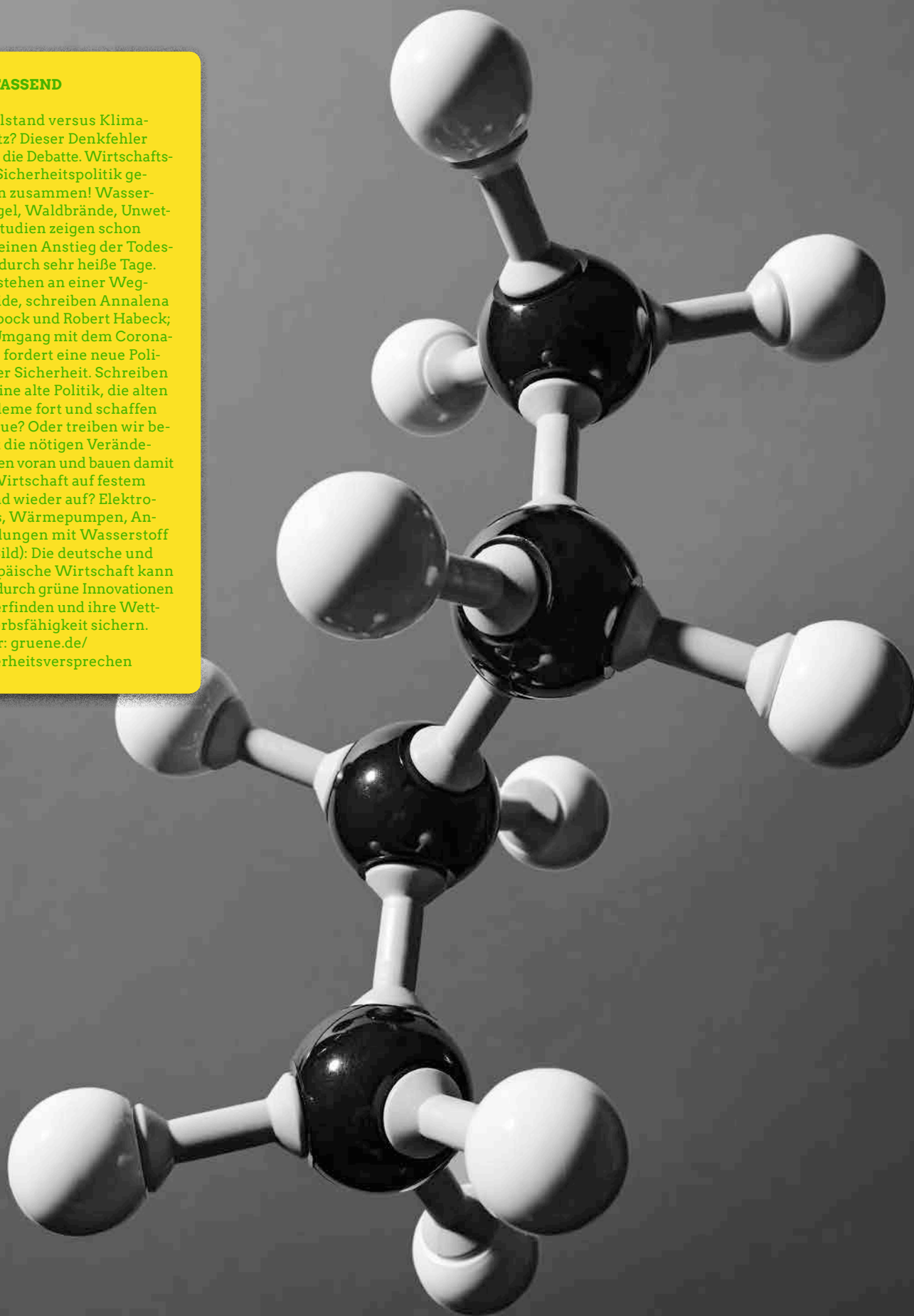
Quelle: Jahresbericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri 2020

OLIVER MEIER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. Er beschäftigt sich vor allem mit Problemen der Kontrolle und der Abrüstung von Massenvernichtungswaffen.

UMFASSEND

Wohlstand versus Klimaschutz? Dieser Denkfehler prägt die Debatte. Wirtschafts- und Sicherheitspolitik gehören zusammen! Wassermangel, Waldbrände, Unwetter: Studien zeigen schon jetzt einen Anstieg der Todesfälle durch sehr heiße Tage. Wir stehen an einer Wegscheide, schreiben Annalena Baerbock und Robert Habeck; der Umgang mit dem Coronavirus fordert eine neue Politik der Sicherheit. Schreiben wir eine alte Politik, die alten Probleme fort und schaffen so neue? Oder treiben wir beherzt die nötigen Veränderungen voran und bauen damit die Wirtschaft auf festem Grund wieder auf? Elektroautos, Wärmepumpen, Anwendungen mit Wasserstoff (im Bild): Die deutsche und europäische Wirtschaft kann sich durch grüne Innovationen neu erfinden und ihre Wettbewerbsfähigkeit sichern. Mehr: gruene.de/sicherheitsversprechen



Was kippt mit dem Klima?

Die Klimakrise ist eine Bedrohung für künftige Generationen und sie führt bereits jetzt zu ganz neuen Gefährdungslagen. Klimatologin FRIEDERIKE OTTO fordert schnelle und strukturelle Maßnahmen.

Protokoll: Philipp Hauner

Die Bilanz der australischen Buschfeuer zum Jahreswechsel war verheerend: 33 Menschen sind direkt den Flammen zum Opfer gefallen, fast 500 Menschen starben an Rauchvergiftungen. Schätzungen zufolge verendeten etwa eine Milliarde Tiere, zirka 20 Prozent der bewaldeten Flächen Australiens brannten ab. Wenn sich eine derartige Feuersaison in den nächsten Jahren wiederholt, könnte das die sozialen Anpassungssysteme sprengen. Ganz konkret: Dann wird es zu wenige Menschen geben, die helfen, die Feuersbrunst zu löschen. Schon jetzt war die freiwillige Feuerwehr am Anschlag. Wenn künftig Feuerwehrleute fehlen, kommt es zu einem Kaskadeneffekt – und wir verlieren nicht nur mehr Ökosysteme, sondern auch mehr Menschenleben.

Als Zuordnungswissenschaftlerin bringe ich aktuelles Wettergeschehen mit dem Klimawandel in Verbindung. Das heißt, mein Team und ich beantworten die Frage, welchen Einfluss der Klimawandel auf bestimmte Extremwetterereignisse hat, also ob und inwieweit sogenannte externe Antriebe – wie etwa zusätzliche Treibhausgase aufgrund der Verbrennung fossiler Energieträger – das Auftreten bestimmter Wetterereignisse beeinflussen. In einer Studie konnten mein Team und ich etwa herausfinden, dass der Klimawandel die Wahrscheinlichkeit für genau jene Wetterbedingungen, unter denen sich solch verheerende Buschfeuer wie in Australien zum letzten Jahreswechsel entwickeln können, um mindestens 30 Prozent erhöht hat. Und das ist noch sehr konservativ gerechnet.

Einen noch stärkeren Zusammenhang zwischen menschlichem Einfluss und dem Wetter konnte ich in Südafrika feststellen: Die fast drei Jahre anhaltende Dürreperiode wurde durch menschliches Tun etwa dreimal wahrscheinlicher. Schließlich war Anfang 2017 die Furcht vor dem Day Zero – also jenem Tag, an dem das Wasser ausgehen würde – riesig. In

einigen Landesteilen hatte es monatelang kaum geregnet, das Wasser in der Millionenmetropole Kapstadt war rationiert, die Bewässerung der Felder war eingestellt worden. Was hätte gedroht, wenn es schließlich nicht doch noch geregnet hätte? Große Unruhen, extreme Gewalt, viele Tote?

Dabei hat Südafrika als Schwellenland einige Ressourcen im Kampf gegen Notstände, Australien als hochentwickeltes Land besitzt ein ausgezeichnetes Frühwarnsystem. Viele Länder haben solche Standards nicht. Vor allem jene in der tropischen Klimazone sind besonders verwundbar – hier fehlt es oft am Nötigsten, und zwar in allen Bereichen. Dabei wäre es gerade dort am Wichtigsten, gut vorzusorgen, denn dort sind die Auswirkungen der Klimakrise noch größer: Die natürlichen Temperaturschwankungen am Äquator sind deutlich geringer als in den gemäßigten Breiten. Deswegen können Ökosysteme in den Tropen und Subtropen zusätzliche Wärme durch den Klimawandel viel weniger abfedern als in nördlichen Regionen, selbst wenn die absolute Temperaturerhöhung dort geringer ausfällt als bei uns.

Das bedeutet, dass auch vermeintlich kleine Änderungen in der Dürrehäufigkeit ein Klimaregime deutlich verändern können, was in ohnehin schon instabilen Regionen reichen kann, die Nahrungsmittelproduktion zu zerstören oder Konflikte zu schüren. Den Preis dafür bezahlen all diejenigen, die sich höhere Nahrungsmittelpreise nicht leisten können und zwar nicht nur am Ort des Wettergeschehens. Der Klimawandel verschärft Ungleichheit, nicht nur in den Tropen und irgendwann in der Zukunft, sondern bereits gegenwärtig – auf der ganzen Welt. Daher gilt: Wer die Folgen des Klimawandels bekämpft, bekämpft gleichzeitig Ungleichheit.

Wann spezifische Kippunkte erreicht werden, wird in der Wissenschaftsgemeinde aktuell stark diskutiert. Das Erlahmen des warmen Golfstroms im Atlantik etwa oder ein Absterben von Amazonas-Regenwald und/oder nördlichen borealen Wälder wären Prozesse, die irreversibel sind, also nicht rückgängig gemacht werden können, und die dadurch unabsehbare Konsequenzen hätten. Dass der Grönland-Eisschild abschmilzt und dadurch viel Frischwasser in die Meere gelangt, ist inzwischen zu einem Fakt geworden – wie sich dieser jedoch konkret auswirkt, und vor allem wann, ist weniger klar.

Fest steht: Bisher gibt es in den Beobachtungsdaten keine Anzeichen dafür, dass aktuell tatsächlich starke nichtlineare Veränderungen im Klimasystem stattfinden oder kurz bevorstehen – zum Glück. Trotzdem müssen wir natürlich alles tun, um ein weiteres Ansteigen der globalen Temperaturen zu stoppen. An der Nettonull bei Kohlendioxid (net-zero) bis zur Mitte des Jahrhunderts führt kein Weg vorbei. Erreichen können wir das nur durch Maßnahmen von oben, etwa durch neue nationale Gesetze zu Baustandards oder Mobilität – und durch Maßnahmen von unten. Hier können Städte und Kommunen, aber auch noch kleinere Einheiten wie Universitäten oder Schulen zeigen, dass klimaneutrales Leben möglich und auch ganz unmittelbar gesünder für alle Menschen ist. Das lässt sich etwa in grüneren Innenstädten erleben, die besser an hohe Temperaturen angepasst sind.



Corona und Klima
Die Kohlenstoffdioxid-Emissionen sanken Anfang April 2020 im Jahresvergleich teils um 17 Prozent gegenüber dem üblichen Tageswert von rund 100 Millionen Tonnen, in Deutschland sogar um 26 Prozent. Der globale CO₂-Ausstoß war aber selbst auf dem Tiefpunkt immer noch so hoch wie im Durchschnitt des Jahres 2006.

Quelle: Studie von 13 internationalen Klimaforschern im Magazin *nature climate change* (Mai 2020)

FRIEDERIKE OTTO

leitet das Environmental Change Institute der Universität Oxford. Die promovierte Klimatologin führt zusammen mit Geert Jan van Oldenborgh auch das World Weather Attribution Project. Die letztjährige Debatte um Flugscham fand Otto nicht zielführend: „Mit diesem Framing erklärt man Klimaschutz zur Privatsache – was wir brauchen, ist struktureller Wandel auf allen Ebenen.“



TUNESIEN

ZIVILGESELLSCHAFT
UNTER DRUCKWird es
eng für Civil
Rights?

Ohne Zivilgesellschaft gibt es keine wehrhafte Demokratie. Weltweit beschneiden immer mehr Regierungen die Handlungsräume zivilgesellschaftlicher Akteur*innen. Ein Trend, der sich mit Corona fortsetzt?

Protokolle: Christina Waechter



Die Regierung war erst wenige Tage im Amt, als sie sich der Gesundheitskrise stellen musste. Das Parlament hat zugestimmt, dass der Regierungschef zwei Monate lang in festgelegten Bereichen mit Sonderdekreten regieren darf, hat aber die Umsetzung engmaschig überwacht. Die tunesische Zivilgesellschaft kann seit dem arabischen Frühling relativ frei und vielfältig arbeiten. Sie hat sich bereits in den ersten Tagen nach dem Lockdown auf unterschiedliche Weise aktiv eingebracht: im lokalen Krisenmanagement, bei der Aufklärungsarbeit, bei der Verteilung von Hilfsgütern oder von Schutzmasken und bei der Überwachung von Individualrechten. Die Aktivist*innen setzten sich erfolgreich für eine Amnestie von Gefangenen in überfüllten Gefängnissen ein und forderten kontinuierliche Zuwendung etwa für Menschen, die mit Aids leben und Zugang zu Medikamenten brauchen, für Frauen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt oder in Schwangerschaftskonflikten sind, für überwiegend irregulär tätige Migrant*innen und für Menschen, die Asyl suchen. Die große Herausforderung für die kommenden Monate liegt darin, die massiven wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen aufzufangen und zu verhindern, dass eine Mobilisierung der zurückgelassenen ärmsten Bevölkerungsschichten nicht für Pläne missbraucht wird, die demokratische Ordnung in Tunesien zu schwächen.

HEIKE LÖSCHMANN
Heinrich-Böll-Stiftung,
Tunis



KENIA



Interessanterweise wird in Kenia in der aktuellen Lage zum ersten Mal überhaupt darüber diskutiert, dass der Staat verantwortlich für die Wohlfahrt seiner Bürger*innen ist. Soziale Absicherung funktioniert hier, soweit möglich, durch die Großfamilie. Der Großteil der Beschäftigten ist im informellen Sektor oder in fragilen Arbeitsverhältnissen tätig, als Tagelöhner oder in Privathaushalten. Für viele von ihnen ist das Einkommen komplett ausgefallen und sie erhalten keine Hilfsleistungen. Der Ökonom David Ndii schätzt, dass ein Viertel der Haushalte in der Hauptstadt Nairobi sein Einkommen verloren hat – ein riesiger ökonomischer Impact. Diejenigen, die konnten, sind zu ihren Familien aufs Land gefahren, was die Ausbreitung des Virus noch weiter befördert. Vor allem zu Beginn der Krise setzte die Polizei Maßnahmen wie die nächtliche Ausgangssperre mit exzessiver Gewalt durch. Es gab durch wilde Schießereien der Polizei mehrere Todesopfer. Präsident Uhuru Kenyatta hat sich für diese Vorkommnisse sogar öffentlich entschuldigen müssen. Zudem wird berichtet, dass die Zahl der außergerichtlichen Tötungen und „verschwundenen“ Menschen im Verlauf der Krise zugenommen hat. Die kenianische Zivilgesellschaft hat sich als Referenzgruppe organisiert und prangert Grundrechtsverletzungen wie Zwangsquarantäne, Polizeigewalt, Missstände im maroden Gesundheitssystem und Verletzungen der Verfassungsordnung im Zuge der Covid-19-Krise lautstark an. Und es gibt sehr viel selbst organisierte Solidarität, die Menschen bemühen sich im privaten Rahmen, einander zu unterstützen. Insgesamt wird der Ruf nach Good Governance lauter – wenn man einem Viertel der Bevölkerung die Ernährungsgrundlage entzieht, bleibt das nicht ohne Folgen.

ULF TERLINDEN
Heinrich-Böll-Stiftung,
Nairobi



BRASILIEN



ANNETTE VON SCHÖNFELD

Heinrich-Böll-Stiftung,
Rio de Janeiro

Brasilien war und ist ein Land starker demokratischer Institutionen und einer starken Zivilgesellschaft, die jedoch unter der aktuellen Regierung ständigen Angriffen ausgesetzt ist. Präsident Jair Bolsonaro hat schon vor seiner Wahl kein Hehl daraus gemacht, dass er Diktaturen verherrlicht, er versuchte von Anfang an, die Demokratie zu schwächen. Er regiert vor allem per Sofort-Dekreten, die vom obersten Gerichtshof überprüft werden, oder verhängt sofort wirksame Gesetze, die binnen 90 Tagen vom Parlament akzeptiert oder abgelehnt werden müssen. Ein ständiges Hin und Her. Heute ist Brasilien ein extrem polarisiertes Land und diese Situation wird durch die Corona-Pandemie noch verstärkt: Bolsonaros Anhänger*innen, etwa ein Drittel der Bevölkerung, glauben nicht an Corona. Bolsonaro hat sich in der Krise nicht als der große starke Führer gezeigt, als der er sich gerne geriert. Er verharmlost die Gefahr bewusst, nimmt auch die Toten in Kauf und hat sich von Beginn an mit einem Großteil der Gouverneur*innen überworfen, die für die Durchführung der Maßnahmen zuständig sind. Vor allem seine Wähler*innen aus der gesellschaftlichen Mitte sind nicht mehr von ihm überzeugt. Besonders von Corona betroffen ist die indigene Bevölkerung Brasiliens, die teilweise weitgehend abgeschieden von der Welt lebt und entsprechend anfällig für eingeschleppte Krankheiten ist. Durch die illegale Entwaldung kommt die Zivilisation mit all ihren Erregern diesen Menschen gefährlich nahe. Wehren können sie sich kaum: Wer sich gegen die Abholzung einsetzt, ist massiver Gewalt und Bedrohung ausgesetzt.



THAILAND



MANFRED HORNING

Heinrich-Böll-Stiftung,
Bangkok

Selbst nach den Wahlen im März 2019 bleiben die Bürgerrechte in Thailand weitgehend ausgesetzt. In der gesamten Region haben sich autoritäre Strukturen weiter verfestigt. Es herrscht Zensur in den Medien wie im Netz, systematische staatliche Repression unterbindet zivilgesellschaftliches Engagement auf breiter Front. Insofern war Covid-19 kein Brandbeschleuniger, denn der Grad an autoritärer Unterdrückung war schon vorher extrem hoch. Die menschenrechtliche Entwicklung in dieser Situation kann dabei nur in Zusammenhang mit den sozioökonomischen Entwicklungen betrachtet werden: Was die Corona-Pandemie weiter akzentuiert hat, ist die beißende soziale Ungleichheit, die in der gesamten Region herrscht. Nach vier Jahren Militärherrschaft nahm Thailand im Jahr 2018 einen der globalen Spitzenplätze bei der Ungleichverteilung von Reichtum ein: Die reichsten ein Prozent der Bevölkerung kontrollieren 67 Prozent des Gesamtvermögens des Landes. In Thailand arbeitet mehr als 60 Prozent der Bevölkerung im informellen Sektor. Diese vulnerablen Gruppen leiden momentan extrem unter dem Ausbleiben effizienter staatlicher Unterstützung. Daraus kann sehr wohl eine politische Unzufriedenheit erwachsen, aber nicht aktuell, jetzt geht es den meisten dieser Menschen nur darum, den nächsten Tag zu überstehen. Diese Erfahrungen, der Frust, die Ängste, die ein Großteil der Bevölkerung jetzt durchmachen muss, können sich jedoch irgendwann ihren Weg zurück in die politische Diskussion bahnen – und zu neuen innenpolitischen Verwerfungen führen.

Diskriminierte Bürger*innen?



Was weiß die Corona-App über mich?

Die App weiß weder, welche Person das Handy nutzt, noch welches Geschlecht diese hat oder wo sie wohnt, wo sie sich aufhält. Die App merkt sich nur, welche anderen Smartphones, auf denen ebenfalls die App installiert ist, in den letzten Wochen in der Nähe waren.

Wie werden die Daten gespeichert?

Dezentral. Das heißt, die Daten werden auf dem eigenen Gerät gespeichert, verlassen dieses aber nicht.

Die Coronakrise treibt die Digitalisierung voran, mehr denn je nutzen wir digitale Dienste und Daten. **RAINER MÜHLHOFF**, Philosoph, Mathematiker und partei-unabhängiger Datenschutzexperte, warnt vor Diskriminierung und Datenmissbrauch – und sieht viel politischen Handlungsbedarf.

Protokoll: Julia Decker

Meetings per Videokonferenz, Home-Office über die Cloud und Unterricht auf digitalen Lernplattformen: Wir konnten in den ersten Wochen der Coronakrise eine „Turbodigitalisierung“ erleben, von der fast jede und jeder von uns betroffen ist. In allen Lebensbereichen wird nun auf digitale Dienste zurückgegriffen, bei deren Benutzung Daten anfallen. Doch der gesellschaftliche und politische Diskurs über die Gestaltung der Digitalisierung kann mit diesem Tempo kaum Schritt halten. Was sind die Risiken? Was sind die Gestaltungsmöglichkeiten? Wo gibt es politischen Handlungsbedarf? Als Datenschützer stelle ich fest, dass die Coronakrise eine Reihe politischer Tabubrüche provoziert, die unsere Gesellschaft dauerhaft verändern könnten. Gerade jetzt sollten wir eine politische Debatte um die Folgen des massenhaften Datensammelns führen, um drohenden Beschneidungen unserer Freiheit entgegenzuwirken. Dabei haben wir es angesichts von Big Data und Künstlicher Intelligenz (KI) mit ganz neuen Problemen zu tun, die ein Recht auf Datenschutz jenseits der informationellen Selbstbestimmung erfordern.

Die Corona-App

Die kürzlich publizierte „Corona-Warn-App“ war Anlass für die jüngste öffentliche Diskussion über Datenschutz. Der Widerspruch von Datenschützer*innen im Vorfeld hat zum Beispiel dazu geführt, dass die Bundesregierung zu einem dezentralen System umgeschwenkt ist. Die Information, in wessen Nähe man sich in den vergangenen Wochen aufgehalten hat, wird bei der dezentralen Variante nur auf den Geräten der Nutzer*innen und nicht auf einem zentralen Server gespeichert. Auch wenn das ein großer Erfolg war, sind mit der App nach wie vor gesellschaftliche Risiken verbunden. Eine umfassende datenschutzpolitische Begleitgesetzgebung zur Corona-App wäre dringend notwendig, doch davon sieht die Regierung bislang ab. Eine entscheidende Schwachstelle des Systems ist aktuell, die Freiwilligkeit der App-Nutzung zu garantieren. Es sind durchaus Situationen denkbar, in denen Nutzer*innen dazu genötigt oder

gezwungen werden könnten, die App zu installieren. Ein denkbare Beispiel: Nur wer die Corona-App benutzt, darf wieder in sein Büro, weil der Arbeitgeber nur unter dieser Voraussetzung Menschen ins Gebäude lässt. Oder auch realistisch: Angesichts des drohenden Kahlschlags in der Kunst-, Musik- und Club-Szene könnte eine freiwillige Verpflichtung zur Installation der App gefordert werden, um wieder Großveranstaltungen möglich zu machen – aber eben nur für Nutzer*innen der App.

Angesichts eines enormen sozialen Drucks beim Thema Corona kann die Freiwilligkeit der App-Nutzung nur durch ein Gesetz garantiert werden, welches die Benachteiligung von Nicht-Nutzer*innen sowie die Aufforderung zur Installation der App untersagt. Auch solche Überlegungen fallen übrigens unter den Datenschutz, obwohl sie gar nichts mit Programmiercode und Hacker*innen zu tun haben. Oder besser: Auch gesellschaftliche Akteure wie Arbeitgeber*innen oder Veranstalter*innen kommen als „Hacker“ in Frage, wenn sie die App für nicht vorgesehene Nebenzwecke verwenden.

Das Problem der anonymen Daten

Mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben wir in der EU eine der progressivsten Datenschutzgesetzgebungen weltweit. Doch im Zeitalter von Big Data und KI wird ihr Effekt zum Teil dadurch ausgehebelt, dass Nutzer*innen massenhaft in die Verarbeitung ihrer Daten einwilligen, vor allem, wenn sie davon ausgehen, dass keine sensiblen Daten betroffen sind oder dass für sie keine Nachteile resultieren: etwa wenn sie im Internet etwas suchen, auf Social Media etwas liken oder posten oder wenn sie auf dem Smartphone ihre Standortdaten freigeben. Dabei entstehen „Verhaltensdaten“, die oft sogar anonymisiert verarbeitet werden und jeweils für sich nicht sensibel sind. Doch wissenschaftliche Studien zeigen, dass sich eine Reihe sensibler Informationen aus diesen Daten ableiten lässt, sobald man eine große Zahl solcher Informationen über viele Millionen Nutzer*innen hat: Die sexuelle Orientierung, die Religionszugehörigkeit und der sozioökonomische Status können aus wenigen Likes auf Facebook mit hoher Genauigkeit abgeleitet werden – genauso wie das Wissen, ob jemand an Depressionen leidet oder welche politischen Ansichten jemand hat.

Wichtig zu verstehen: Mit den (ggf. anonymen) Verhaltensdaten, die man bereitstellt, schadet man potenziell auch anderen. Nur wenn eine große Anzahl Leute, die meinen, sie hätten nichts zu verbergen, ihre Daten weitergeben, sind Algorithmen in der Lage zu ermitteln: Was ist ein*e Normalbürger*in? Davon ausgehend ist es möglich, andere, davon abweichende Menschen zu erkennen, sie anders zu behandeln und im schlimmsten Fall zu diskriminieren. Nach Einwilligung – und

REINER MÜHLHOFF

forscht am Excellence Cluster Science of Intelligence an der Technischen Universität Berlin zu ethischen Fragen der Künstlichen Intelligenz und zu gesellschaftlichen Auswirkungen der Digitalisierung. Zuletzt erschien gemeinsam mit A. Breljak und J. Slaby: „Affekt Macht Netz: Auf dem Weg zu einer Sozialtheorie der Digitalen Gesellschaft“.

„Einen gewissenhaften Umgang mit digitalen Diensten kann man nicht allein den Bürger*innen aufbürden. ... Zum politischen Handeln gehört unbedingt, die neuesten Trends der Digitaltechnologie zu verstehen, um dann ein datenpolitisches Begleitprogramm zu entwerfen.“

somit völlig legal – erhobene Massendaten werden dazu verwendet, darüber zu entscheiden, welche Bevölkerungsgruppen Zugang zu Finanzdienstleistungen, medizinischer Versorgung, Jobs und Bildungschancen haben. Sie ermöglichen es, Prognosen darüber zu treffen, wer bei schlechter Gesundheit oder psychisch labil ist, wer eine potenzielle Gefahr für die Sicherheit darstellt oder wer einem bestimmten politischen Lager zuzurechnen ist. Solche prädiktiven Analysen basieren immer auf einem Vergleich innerhalb sehr großer Datensätze, zu denen wir alle beitragen, wenn wir Services nutzen, die unser Nutzungsverhalten als Daten erfassen. Es ist realistisch, dass zum Beispiel auch die Daten, die auf Lernplattformen anfallen, dazu verwendet werden, detaillierte Leistungs- und Verhaltensprofile unserer Schüler*innen zu erstellen.

Von der Spionage zum Risiko-Scoring

Das Problem der anonymen Massendaten erfordert eine grundlegend kollektivistische Denkweise im Datenschutz. Denn hier geht es nicht primär darum, dass wir uns individuell vor Voyeur*innen, Hacker*innen und Spion*innen schützen müssen. In den meisten Fällen interessiert sich niemand für uns persönlich. Im Fokus steht bloß, wie wir im Vergleich zu anderen Individuen einzuordnen sind. Anhand der Verhaltensmuster, die wir zeigen, werden wir in Risikogruppen eingeteilt, um dann unterschiedlich behandelt zu werden. Das zeigt sich gut an „pay as you drive“-KFZ-Versicherungen: Es gibt Tarifmodelle, die bei der Risikobewertung der Versicherten nicht nur auf die individuelle Schadenshistorie schauen, sondern über ein Tracking-Gerät Daten über das Fahrverhalten sammeln und diese mit den Daten vieler anderer vergleichen. Innerhalb dieses Datenpools gruppiert man die Nutzer*innen nach Mustern, die auf ihr Risikoverhalten schlie-

ßen lassen sollen. Die Argumentationsweise läuft dann so: „Dein Datenprofil korreliert mit dieser speziellen Gruppe anderer Fahrer*innen. Und weil die überdurchschnittlich häufig einen Schaden melden, gehen wir davon aus, dass auch du riskant fährst – deshalb kostet deine Versicherung mehr.“ Daten werden also dazu verwendet, uns nach vermeintlichen Verhaltensähnlichkeiten einzuteilen. Das kann in allen möglichen Bereichen des Lebens passieren, auch bei der Jobsuche: „Die Gruppe, mit der du korrelierst, kündigt ihren Job im Durchschnitt fünf Jahre früher als andere; deswegen gehen wir davon aus, dass du nicht lange bei unserem Unternehmen bleiben wirst und laden dich gar nicht erst zum Vorstellungsgespräch ein.“ Das ist eine besonders schwer erkennbare Form der Diskriminierung, weil in der Regel nicht nachvollziehbar ist, dass die Absage aufgrund einer statistischen Vorhersage entschieden wurde.

Regulierung statt Rückzug

Es geht bei diesen Beispielen um Daten, die bei der alltäglichen Benutzung von Smartphones und Computern entstehen. Die Daten nicht zu erzeugen, würde meist heißen, das Gerät nicht zu benutzen. Das kommt nicht in Frage, weil diese Dienste – zum Beispiel Messenger-Dienste oder die Google-Suche – fest mit unserem gesellschaftlichen Leben verwoben sind. Einen gewissenhaften Umgang mit digitalen Diensten kann man nicht allein den Bürger*innen aufbürden, auch wenn es praktische Empfehlungen gibt, wie man seine Daten schützen kann. Genau weil die Erzeugung von Daten oft unumgänglich bleibt, ist eine gute politische Regulierung gefragt: Diese muss dezidiert das Problem der abgeleiteten Daten adressieren, also die potenziell sensiblen Informationen, die aus Massenbeständen von – jeweils für sich genommen nicht sensiblen Daten – erschlossen werden können. Zum politischen Handeln gehört unbedingt, diese neuesten Trends der Digitaltechnologie zu verstehen, um dann ein datenpolitisches Begleitprogramm zu entwerfen. Noch ist unter den politischen Entscheidungsträger*innen die Quaderer, die sich mit dem Thema auskennen, zu gering. Das muss sich ändern, und auch eine Mehrheit der Bevölkerung muss sich grob darüber bewusst werden, was Verhaltensvorhersage durch Big Data und KI ist und wofür sie genutzt wird. Schon in der Schule sollten diese Techniken erklärt werden, um dafür ein Problembewusstsein zu schaffen.

HEINRICH BÖLL STIFTUNG

NEUERSCHEINUNG

böll.thema 20 – 2

More Future – Grüne Geschichte



Anlässlich 40 Jahren grüner und 30 Jahren bündnisgrüner Geschichte blickt böll.thema auf die verschiedenen Generationen, die sich in Partei und Bewegung

engagieren. U.a. mit:

- einem Überblick über die Geschichte der Partei von Günter Bannas
- Einschätzungen zu wichtigen historischen Momenten grüner Geschichte von bündnisgrünen Persönlichkeiten
- einem Report, wie es um die grüne Opposition in Ungarn steht von Gergely Márton und András Földes
- einem Plädoyer «Feminismus und Ökologie zusammenzudenken» von Annett Gröschner

Kostenfrei bestellen oder herunterladen:

boell.de/thema

Online-Kongress | 25. September 2020

Generation Klima

Einmischen für eine lebenswerte Zukunft

Menschen unter 30 stellen verschiedene Möglichkeiten vor, Zukunft selbst zu gestalten und sich einzumischen.

Information und Anmeldung:

calendar.boell.de

Online-Konferenz | 30./31. Oktober 2020

VERÄNDERUNG

#grz20

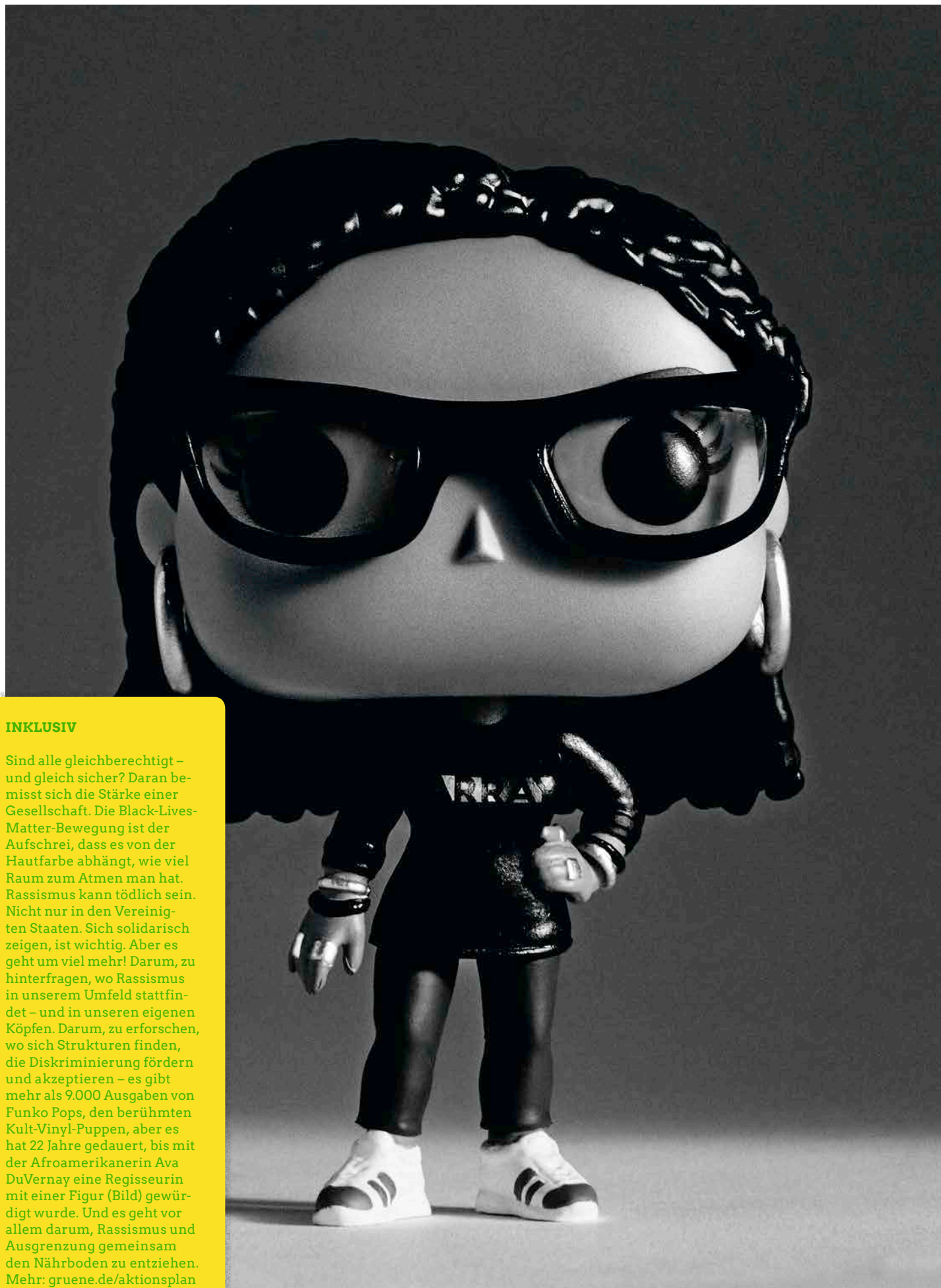
Was ist die Grüne Erzählung?

Anmeldung und Information:

boell.de/gruene-erzaehlung

www.boell.de

Heinrich-Böll-Stiftung Schumannstr. 8, 10117 Berlin



INKLUSIV

Sind alle gleichberechtigt – und gleich sicher? Daran bemisst sich die Stärke einer Gesellschaft. Die Black-Lives-Matter-Bewegung ist der Aufschrei, dass es von der Hautfarbe abhängt, wie viel Raum zum Atmen man hat. Rassismus kann tödlich sein. Nicht nur in den Vereinigten Staaten. Sich solidarisch zeigen, ist wichtig. Aber es geht um viel mehr! Darum, zu hinterfragen, wo Rassismus in unserem Umfeld stattfindet – und in unseren eigenen Köpfen. Darum, zu erforschen, wo sich Strukturen finden, die Diskriminierung fördern und akzeptieren – es gibt mehr als 9.000 Ausgaben von Funko Pops, den berühmten Kult-Vinyl-Puppen, aber es hat 22 Jahre gedauert, bis mit der Afroamerikanerin Ava DuVernay eine Regisseurin mit einer Figur (Bild) gewürdigt wurde. Und es geht vor allem darum, Rassismus und Ausgrenzung gemeinsam den Nährboden zu entziehen. Mehr: [gruene.de/aktionsplan](https://www.gruene.de/aktionsplan)

Mehr Frauen, mehr Frieden?

ANNE-MARIE SLAUGHTER,
einst Planungschefin im US-
Außenministerium unter Hillary
Clinton, ist eine gefragte
Gesprächspartnerin von Spitzen-
politiker*innen. Die Princeton-
Professorin plädiert für einen ganz-
heitlichen Führungsstil – und
sieht durch Corona die Gleichbe-
rechtigung eher gestärkt.

Protokoll: Carolin Pirich

Als ich eine junge Frau war, hieß es: „Wenn du es beruflich zu etwas bringen willst, musst du es wie ein Mann schaffen.“ Es gab ja im Berufsleben kaum andere Vorbilder außer männlichen. Noch vor wenigen Jahren hätte ich es daher nicht für möglich gehalten, dass man einmal von „feministischer Außenpolitik“ sprechen würde, die strukturelle soziale Ungleichheit und Diskriminierung weltweit ausgleichen könnte. Wie? Indem Frauen und andere politische Minderheiten mehr Einfluss auf politische Entscheidungen gewinnen. Eine „feministische Sicherheitspolitik“ lehnt die Auffassung ab, dass mehr Waffen automatisch mehr Sicherheit bedeuten würden.

Ganzheitliche Außenpolitik

Ich selbst verwende den Begriff „feministische Außenpolitik“ nicht sehr oft, denn ich ziehe den Gedanken an eine Politik vor, die die ganze Bandbreite menschlicher Perspektiven und Prioritäten berücksichtigt. Die heutige Außenpolitik wurde jahrhundertlang fast ausschließlich von Männern gestaltet; wir sollten jetzt nicht den Fehler begehen, zu einer nur von Frauen geprägten Politik überzugehen. Lasst uns lieber versuchen, uns eine Politik vorzustellen, die von Menschen gestaltet wird, die

**„Die Welt braucht mehr
Zusammenarbeit, Fürsorge und
Mitgefühl – die Fähigkeit zu ver-
stehen, auf welche Art und Weise
unsere Schicksale miteinander
verflochten sind.“**

selbst ihr ganzes Potenzial leben – und die in der Lage sind zu begreifen, wie sich ihre Politik auf Männer und Frauen in anderen Ländern auswirkt. Daher fände ich die Bezeichnung „ganzheitliche Politik“ besser.

Studien zeigen, dass Frauen wie Männer von solch einer Politik profitieren: So soll eine Gesellschaft gesünder und wohlhabender sein, wenn Frauen und Männer gleichberechtigt sind. In Ländern, in denen viele Frauen an der Macht sind, erhöhen sich die Leistungen des Wohlfahrtsstaats, der Rechtsschutz wird verbessert und das Vertrauen in die Regierung steigt. Und: Länder, die eine hohe Geschlechtergleichheit aufweisen, sollen friedfertiger sein und weniger anfällig für gewalttätigen Extremismus. Aktuell versucht die schwedische Regierung, eine feministische Außenpolitik umzusetzen. So wurden beispielsweise Botschafterpositionen vermehrt mit Frauen besetzt sowie die Teilhabe von Frauen bei Verhandlungen gestärkt. Ähnlich agiert der kanadische Premierminister Justin Trudeau.

Sicherlich führen nicht alle Frauen in gleicher Weise, aber ich denke dennoch, dass es möglich ist, einen Führungsstil auszumachen, dem man als „femininer“ bezeichnen kann. Die Welt braucht mehr Zusammenarbeit, Fürsorge und Mitgefühl – die Fähigkeit zu verstehen, auf welche Art und Weise unsere Schicksale miteinander verflochten sind; wir müssen zusammenarbeiten, um existenzielle Bedrohungen wie Klimawandel, Pandemien und Rassismus zu bekämpfen. Wir brauchen Führungskräfte, die ein kleines Ego mit großer Stärke verbinden – eine Kombination, die Frauen seit Langem mitbringen, weil sie entsprechend sozialisiert sind. Und wir brauchen Führungskräfte, die es verstehen, die verschiedenen Dimensionen der Außenpolitik – Diplomatie, Entwicklung und Verteidigung – in einen einheitlichen strategischen Ansatz zu integrieren. Frauen bringen oft eine entwicklungspolitische Perspektive ein, weil sie historisch gesehen häufig in der Entwicklungspolitik tätig waren. Und sie sind es gewohnt, mehrere Dimensionen mitzudenken.

Empathisch führen

Feministische oder ganzheitliche Außenpolitik beginnt im Inneren. Frauen an der Regierungsspitze sind noch immer nicht der Mainstream – auch wenn es mittlerweile immer mehr Frauen in Regierungsverantwortung gibt. Wenn wir etwa nach Deutschland, Nordeuropa, Neuseeland schauen: Dort scheint man in der Bekämpfung der Corona-Pandemie erfolgreicher zu sein als in anderen Ländern und Regionen. In einer solch neuartigen, komplexen Krise wie jener, die das Coronavirus hervorgerufen hat, geht es nicht darum, sich vor das Volk zu stellen und zu behaupten, man wisse nun genau, was zu tun sei. Angela Merkel ist Wissenschaftlerin, sie war in der Lage, die Expert*innen zu verstehen und sehr präzise über den Standpunkt der Wissenschaft zu informieren. Zudem hat sie den Deutschen zugetraut, verantwortlich

**Frauen schaffen
effektiv Frieden –
wenn man sie lässt**

35 %

Wenn Frauen an Friedensprozessen beteiligt sind, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass das Abkommen mindestens 15 Jahre hält, um 35 Prozent – auch weil Frauen oft Aspekte ansprechen, die über Waffenstillstandsverhandlungen und über die Verteilung von Macht hinausgehen.

8 %

Nur acht von hundert Stühlen sind an den Verhandlungstischen bei Friedensprozessen von Frauen besetzt.

Quelle: unwomen.org

Frauen schaffen effektiv Frieden – wenn man sie lässt

+5%

Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Staat mit Gewalt auf eine internationale Krise reagiert, sinkt um das Fünffache, wenn der Anteil von Frauen im Parlament um fünf Prozent zunimmt.

25%

Im Jahr 2019 waren weniger als 25 Prozent aller Parlamentssitze weltweit von Frauen besetzt.

Quellen: ipu.org, inclusivesecurity.org

ANNE-MARIE SLAUGHTER

geboren 1958, beschrieben in einem Artikel „Why Women Still Can't Have It All“ im Magazin Atlantic Monthly ihre Entscheidung, 2011 den Traumjob als Direktorin des politischen Planungstabs im US-Außenministerium zu verlassen und zu ihrer Familie und ihrer akademischen Karriere in Princeton zurückzukehren. Seit sieben Jahren leitet sie die einflussreiche amerikanische Denkfabrik New America.

„Ich habe viele Diskussionen darüber geführt, ob Frauen einen anderen Führungsstil haben als Männer. Auch wenn eine meiner wichtigsten Mentorinnen vom Gegenteil überzeugt ist: Ich bleibe dabei, dass es einen weiblichen Führungsstil gibt.“

zu handeln. Und die Premierministerin Neuseelands, Jacinda Ardern, hat mit Empathie kommuniziert, sie hat auch gegnerische Stimmen in die Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen. Nicht Ehrgeiz und Machtwillen scheinen zum Erfolg zu führen, sondern Mitnahme. Es gilt, sehr genau zuzuhören und interdisziplinär zu denken. Von Frauen wird seit Generationen erwartet, dass sie zuhören, delegieren und andere mitnehmen, indem sie andere von ihren Entscheidungen überzeugen.

Ich habe viele Diskussionen darüber geführt, ob Frauen einen anderen Führungsstil haben als Männer. Auch wenn eine meiner wichtigsten Mentorinnen vom Gegenteil überzeugt ist: Ich bleibe dabei, dass es einen weiblichen Führungsstil gibt. In den sieben Jahren, in denen ich nun den Thinktank New America leite, habe ich viel dazugelernt. Ich konfrontiere meine Mitarbeiter*innen nicht mehr mit Entscheidungen, die ich bereits getroffen habe. Das würde ich als eher männlichen Führungsstil bezeichnen. Männer tendieren dazu, ungern zuzugeben, wenn sie nicht wissen, was sie nun tun sollten. Jetzt erarbeite ich im Team Entscheidungen. Es muss dabei keine komplette Übereinstimmung geben, am Ende bin auch ich es, die die Verantwortung für Entscheidungen übernehmen muss. Aber ich habe gelernt, dass ein kollegialerer Führungsstil bessere Ideen und Entscheidungen hervorbringt. Empathisch zu führen, sei es in einem Unternehmen oder in der Politik, hängt aber nicht davon ab, welchen Geschlechts man ist. Feminismus ist nicht nur etwas für Frauen. Feminismus ist eine Haltung.

Corona – ein Desaster für Frauen?

Die Einschränkungen durch das Coronavirus scheinen uns zunächst in über Generationen erlernte Muster zurückzuzwingen. Während der Kontaktbeschränkungen hat sich gezeigt, dass Frauen den Großteil der häuslichen Pflichten übernehmen. Sie kümmern sich um die Kinder, die vielleicht pflegebedürftigen Eltern, den Haushalt, während der Ehemann, der ja auch Vater und Sohn ist, im ersten Stock in seinem Zimmer hockt und an einem Zoom-Meeting teilnimmt. Aber ich will den Fokus auf das Positive legen: Viele Männer dachten vor der Pandemie, sie teilten sich 50/50 die Care-Verantwortung mit ihren Partnerinnen. Nun sind sie den ganzen Tag zuhause und stellen fest, dass das, was sie eigentlich übernehmen, mit höchstens 20 oder 30 Prozent zu beziffern ist. Sie sehen, was alles zu Hause zu tun ist. Zudem beweisen wir gerade, dass wir auch im Homeoffice tatsächlich Arbeit erledigt bekommen. Das klappt so gut, dass viele Unternehmen planen, Telearbeit zumindest bis zu einem gewissen Grad dauerhaft fortzuführen. Daher wird es, zumin-

dest in den USA, leichter werden, flexible Arbeitszeiten einzufordern – und von Arbeitgeber*innen-seite aus zu ermöglichen.

Das wäre ein großer Fortschritt für alle, die arbeiten und zugleich andere Menschen versorgen. Seit 20 Jahren kämpfen Frauen um flexiblere Arbeitszeiten, während die Arbeitgeber, meist Männer, bisher darauf bestanden haben, dass die Angestellten den Großteil ihres Tages im Büro verbringen. Wir könnten etwa Videokonferenzen in die Post-Corona-Zeit hinüberretten, flexible Arbeitszeiten ermöglichen und die Präsenzzeit im Büro auf vier Tage in der Woche kürzen. Warum nicht? Hillary Clinton hat als Außenministerin demonstriert, dass Morgenkonferenzen auch erst um 8:15 Uhr beginnen können, extrem spät für Washingtoner Verhältnisse. Das war aber ein großer Schritt: So konnten die Eltern erstmal ihre Kinder in die Schule bringen. Sie ging auch zwischen 18 und 19 Uhr nach Hause, damit ihre Mitarbeiter*innen mit Familien ebenfalls die Chance bekamen, rechtzeitig zu gehen, um ihre Kinder ins Bett zu bringen und sich, falls nötig, danach noch einmal an den Rechner zu setzen.

Zudem hat das Coronavirus gezeigt, dass man in vielen Fällen auf Dienstreisen verzichten kann. Weniger geschäftlich verreisen zu müssen, wäre auch gut für die Hauptbezugspersonen in Familien – das sind in der Regel die Frauen. Mit Beförderungen sind häufig mehr Dienstreisen verbunden. Das ist oft ein Grund, eine Beförderung abzulehnen. Aber die Kombination aus flexibleren Arbeitszeiten und weniger Reisen – das ist genau das, was wir während der Pandemie erleben –, könnte es mehr Frauen ermöglichen, in ihrer Karriere voranzukommen. Es wäre auch gesünder für unseren Planeten.

Wir können derzeit beobachten, dass die Idee der Geschlechter dekonstruiert wird. Prominente Männer tragen ihre Kinder im Tuch, sie zeigen sich emotionaler und verletzlich. Wir sollten uns weiterhin in Richtung einer Welt bewegen, in der wir alle unser ganzes Potenzial leben können. Und in der wir alle unsere fürsorgliche Seite genauso zum Ausdruck bringen können wie unsere kompetitive – denn das würde ein Umfeld schaffen, in dem wir beides leben können: Familie und Karriere. Wenn wir bereit sind, unsere Erwartungen dahingehend zu verändern, wann, wo und wie wir arbeiten und über welchen Zeitraum hinweg wir Karriere machen sollten, bleibt Raum für beides.



SELBSTSICHER

Sich sicher fühlen – das gelingt, wenn wir Halt, Orientierung und Vertrauen in uns selbst finden in einer Welt, die sich wandelt. Bildung hilft uns, uns selbst zu entwickeln; sie gibt uns den Mut, ein Leben lang immer wieder neu und anders zu denken. Digitale Technologien verändern Staat und Gesellschaft. Sie zu verstehen und als Werkzeuge zur Problemlösung einzusetzen, ist eine Fähigkeit, die mit über Lebenschancen entscheidet. Nicht erst die Pandemie, auch internationale Vergleichsstudien zeigen: Der Nachholbedarf beim digitalen Lernen ist riesig. Ob wir diesen Herausforderungen gerecht werden, wirkt sich aus auf die Sicherheit ganzer Generationen.
Mehr: gruene.de/bildung

Wir brauchen eine EU-Armee!

Europa müsse jetzt eigenständiger werden, denn die Schutzgarantie der USA hat ein Ablaufdatum. Ein Standpunkt von **THORSTEN BENNER**, Co-Gründer und Leiter des Global Public Policy Institute in Berlin.

Protokoll: Philipp Hauner

Der kürzlich angekündigte Abzug von nahezu 10.000 US-Soldat*innen aus Deutschland ist ein Paukenschlag: Mit ihm würden die in Deutschland stationierten US-Streitkräfte auf einmal um fast ein Drittel auf 25.000 Soldat*innen schrumpfen. Trump will damit Deutschland als säumigen Beitragszahler, der das Zwei-Prozent-Ziel der NATO nicht erfüllt, bestrafen. Die USA dulden keine Trittbrettfahrer mehr, so das Signal. Trump kann sich damit im Wahlkampf als kompromissloser Verteidiger von „America First“ präsentieren. Ob der Abzug bis November tatsächlich schon umgesetzt wird, ist unklar. Aber selbst wenn ein Präsident Biden Trumps Entscheidung rückgängig macht, sollten wir uns in Europa nicht in nostalgischer Gewissheit wähnen, dass die USA langfristig für Europas Sicherheit sorgen werden.

Auf der anderen Seite des Atlantiks findet schon länger ein Umdenken hinsichtlich der Sicherheitspolitik statt. Bereits unter Obama

„So lange die USA ihren Allianzen die Treue halten, könnte ein eigenständigeres Europa stärker auf Augenhöhe gemeinsame Interessen mit den USA verteidigen. Und gleichzeitig für den Tag vorsorgen, an dem wir alleine für unsere Sicherheit garantieren müssen.“

gab es eine stärkere Orientierung in Richtung Asia-Pazifik: China heißt der neue Wettbewerber. Gleichzeitig werden die Stimmen immer lauter, die sich dafür einsetzen, mehr Mittel in den Aufbau eines funktionierenden Gemeinwesens daheim statt in globale Machtprojektion zu stecken.

Dies zeigt: Für das amerikanische Schutzversprechen gibt es keine Ewigkeitsgarantie. Der Schutzschirm könnte schon in einer zweiten Amtszeit Trumps löchrig werden. Mit einem Präsidenten Biden würde die Halbwertszeit verlängert. Wir Europäer*innen sollten diesen Aufschub nutzen, um uns darauf vorzubereiten, für unsere eigene Sicherheit sorgen zu können.

Deswegen plädiere ich dafür, dass wir uns bereits jetzt mit der Idee einer gesamteuropäischen Armee anfreunden. Sicher, dieses Ziel wird nicht morgen erreichbar sein, aber darum geht es nicht. Es geht um die symbolische Kraft einer europäischen Streitkraft als utopisches Ziel, auf das man Schritt für Schritt hinarbeiten und das Fluchtpunkt für eine breite öffentliche Diskussion zur europäischen Sicherheit sein kann. Wie wollen wir es mit einer europäischen Abschreckungspolitik halten? Soll diese auf Basis des französischen Atomwaffenarsenals stattfinden? Oder glauben wir, dass wir Europa am besten als neutrale Friedensmacht, als eine große Schweiz, positionieren? Das sind unbequeme Fragen, denen wir nicht mehr ausweichen sollten.

Auf eine europäische Armee sollten wir bottom-up hinwirken im Sinne der immer engeren Verzahnung der europäischen Streitkräfte. Das Pooling und Sharing von Kapazitäten findet bereits heute statt, aber hier sehe ich noch viel Luft nach oben. Alle nationalen Verteidigungsetats Europas aufaddiert kommen auf eine beträchtliche Summe, doch Fragmentierung und Doppelungen sorgen für einen geringen Wirkungsgrad der Ausgaben. Militär allein kann nicht für Sicherheit sorgen. Deshalb brauchen wir gleichzeitig eine

engere innereuropäische Verflechtung von Diplomatie, Außenwirtschafts- und Technologiepolitik sowie humanitärer Hilfe. So kann Schritt für Schritt eine gemeinsame zivil-militärische strategische Kultur entstehen, die Grundvoraussetzung für eine gemeinsame Armee ist.

Und die US-Amerikaner? Viele altgediente Transatlantiker*innen befürchten, dass die USA ein stärkeres europäisches Engagement für die eigene Sicherheit als Einladung auffassen könnten, sich noch mehr zurückzuziehen. Ich sehe das ganz anders: Wenn die Amerikaner*innen in Europa einen starken Partner erkennen, der eigenständig denkt, wird ihnen das viel besser gefallen als der kleine, nörgelnde und weinerliche Juniorpartner, den sie bisher in Europa, insbesondere in Deutschland, gesehen haben. So lange die USA ihren Allianzen die Treue halten, könnte ein eigenständigeres Europa stärker auf Augenhöhe gemeinsame Interessen mit den USA verteidigen. Und gleichzeitig für den Tag vorsorgen, an dem wir alleine für unsere Sicherheit garantieren müssen.

THORSTEN BENNER

meint, dass sich die USA mit dem angekündigten Rückzug selbst keinen Gefallen tun – sie würden dadurch nur die Projektionsfähigkeit ihrer Truppen im Nahen Osten und Afrika schwächen. Auch deshalb sei dieser Schritt im US-Kongress sehr umstritten.

Wir brauchen keine EU-Armee!

Die Stärke der EU liegt in ihrer Rolle als anerkannte globale Zivilmacht. Ein Standpunkt von **MATTHIAS DEMBINSKI**, Projektleiter und Senior Researcher bei der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.

Protokoll: Philipp Hauner

Seit dem Jahr 2005 gibt es in der Europäischen Union sogenannte „Battlegroups“ – das sind relativ kleine Einsatzverbände, die für Erstmissionen in Krisenregionen gedacht sind. Sie setzen sich aus je 1.500 bis 3.000 Soldaten verschiedener Nationen zusammen, meist sind zwei bis fünf Länder pro Gruppe beteiligt. Da gibt es zum Beispiel die „Nordic Battlegroup“, die „hispano-italienisch-amphibische Battlegroup“ oder die „Balkan Battlegroup“. Seit 2007 sind pro Halbjahr immer zwei verschiedene Battlegroups für Interventionen abrufbereit. Weil sie klein sind, können sie schnell und flexibel agieren – und wie eine Art Feuerwehr fix Brände löschen.

So die Theorie. In der Praxis ist das seit fast 15 Jahren noch nie passiert. Dabei hätte es natürlich Bedarf gegeben, denkt man zum Beispiel an den Terrorismus, der von Mali ausgeht oder an die Gräueltaten, die sich in der Zentralafrikanischen Republik abspielen. Warum gab es also bisher noch keinen einzigen Einsatz? Vor allem deswegen, weil immer gerade diejenigen Länder, deren Soldat*innen als Mitglieder von Battlegroups akut in bestimmten Konfliktherden hätten agieren müssen, ihre Interessen nicht betroffen sahen.

Was hier bereits ersichtlich wird? Das enorme Blockadepotenzial, mit dem eine gemeinsame europäische Armee dann konfrontiert wäre, wenn die EU weiterhin als Staatenverbund mit hohen Konsenserfordernissen in der Sicherheitspolitik organisiert wäre. Und so komme ich zu der Frage: Wäre eine EU-Armee überhaupt strukturell einsetzbar, wenn es sie denn gäbe? Aus meiner Sicht nicht. Denn lassen wir uns nur einmal ganz kurz auf ein Gedankenexperiment ein: Wenn alle EU-Staaten zustimmen müssten, wäre ein Einsatz der gemeinsamen Streitkräfte

„Europa ist gerade als Zivilmacht ein globaler Akteur, es wird auf der weltweiten Bühne besonders wegen seiner Vorliebe zu Multilateralismus und seiner Konsensorientierung geschätzt. Dieser spezifische Charakter ist ein zivilisatorischer Fortschritt!“

nur in den allerwenigsten Fällen vorstellbar. Oder die EU-Staaten müssten zwischenstaatlich extrem viel Druck aufeinander ausüben, um ein einheitliches Militär zu koordinieren. Gewaltige Konflikte wären programmiert. Kurzum: Eine europäische Armee setzt einen europäischen Staat voraus – und davon sind wir meilenweit entfernt.

Abgesehen von dieser rein praktischen und demokratietheoretischen Erwägung gibt es ein wichtiges normatives Argument, das gegen eine EU-Armee spricht: Europa ist gerade als Zivilmacht ein globaler Akteur, es wird auf der weltweiten Bühne besonders wegen seiner Vorliebe zu Multilateralismus und seiner Konsensorientierung geschätzt. Dieser spezifische Charakter ist ein zivilisatorischer Fortschritt! Und er verdankt sich auch der besonderen institutionellen Struktur der EU.

Wenn Europa allerdings auf dem Weg zur Staatenbildung wäre – ein aus oben dargelegten Gründen notwendiger Schritt für eine einheitliche Armee – könnte dieser besondere Charakter Europas bedroht sein. Die Vereinigten Staaten Europas wären den USA vom Auftreten und Selbstverständnis her dann sicherlich näher als die derzeitige EU. Wollen wir das?

Zu guter Letzt stellt sich natürlich auch die Frage: Braucht es eine gemeinsame Armee überhaupt? Mit Kontexten wie fragiler Staatlichkeit kommt die EU relativ gut zurecht – auch der gemeinsame Verteidigungsplan von 2016 und die Rüstungskoooperation im intergouvernementalen Rahmen trägt bereits erste Früchte: Das gemeinsame Lufttransportkommando bringt beachtliche Effizienzgewinne, die Rüstungs- und Streitkräftekooperation funktioniert gut. Und ist Europas territoriale Integrität gefährdet? Nein. Russland bleibt gewiss ein Bedrohungsfaktor, den man beobachten und diskutieren muss, aber ich sehe das Land nicht als expansive, revisionistische Macht, mit der ein Ausgleich unmöglich wäre. Meines Erachtens sind die aktuell hohen Spannungen immer noch eine Art Nachwehe aus einer gescheiterten Aufnahme Russlands in eine gesamteuropäische Friedensordnung.

MATTHIAS DEMBINSKI

beobachtet unterschiedliche sicherheitspolitische Kulturen in Europa: Während Frankreich bei Rüstungsexporten eher konservativ denke, handele Deutschland gesinnungsethisch – auch das spricht für ihn gegen eine EU-Armee.



EUROPAGRUPPE GRÜNE

So wie das Europaparlament seine Arbeit in den digitalen Raum verlagert hat, so haben auch wir trotz des COVID-19-Lockdowns neue Debattenräume für grüne Europapolitik geschaffen. Mit unseren GrünenEuropaWebinaren haben wir in den vergangenen Monaten über 30.000 Interessent*innen in den heimischen Wohnzimmern erreicht.

COVID-19 bleibt auch politisch das zentrale Thema: Wird die deutsche EU-Ratspräsidentschaft den Wiederaufbau mit einer ambitionierten Klimapolitik verbinden? Der Bundesregierung kommt eine große Verantwortung zu – für den Zusammenhalt der EU und die Zukunft unseres Planeten.

Wir heißen alle Leser*innen herzlich willkommen auf den Europaseiten und wünschen spannende Einblicke.

EURE EUROPAGRUPPE GRÜNE

COVID-19-WIEDERAUFBAU EUROPÄISCH!

Die Coronapandemie hat gezeigt, auf welch wackligen Füßen die Solidarität in Europa steht. Umso mehr brauchen wir jetzt europäische Zusammenarbeit. Das bedeutet, Hilfe zu leisten ohne Sparmaßnahmen zu erzwingen. Von gemeinsamen Anstrengungen kann nur profitieren, wer Demokratie und Rechtsstaatlichkeit respektiert. Gleichzeitig müssen wir in die Zukunft schauen und Gelder dort investieren, wo sie zur sozialen und ökologischen Umgestaltung unserer Wirtschaft beitragen. Denn die Klimakrise wartet nicht. Nur klimasichere Investitionen sind auch zukunftssicher. Das Europäische Parlament und auch die Europäische Kommission haben vorgelegt. Der Ball liegt jetzt bei den EU-Mitgliedstaaten. Sie müssen dieser beispiellosen Herausforderung gerecht werden.



SKA KELLER

Informationen zu diesem und weiteren Themen gibt es auf meiner Homepage www.skakeller.de

COVID-19 AUSBEUTUNG STOPPEN

Die COVID-19-Pandemie hat uns einmal mehr die katastrophalen Arbeitsbedingungen in der Fleischindustrie vor Augen geführt. Beinharte Arbeit wird schlecht entlohnt, Menschen hausen in unwürdigen Verhältnissen, Profit wird über Gesundheit gestellt. Davon betroffen sind vor allem Arbeitnehmer*innen aus Ost- und Südeuropa. Das Verbot von Werkverträgen ab 2021 ist ein richtiger Schritt. Verbesserungen braucht es auch bei Arbeitsschutz und Inspektionen. Die Europäische Arbeitsbehörde (ELA) muss hier eine stärkere Rolle spielen, um europäische Zusammenarbeit im Kampf gegen Ausbeutung zu gewährleisten. Mobile Arbeitnehmer*innen dürfen nicht durchs Raster fallen, weil sie nicht in ihrem Herkunftsland arbeiten. Wir werden diese Rechte vehement einfordern!



TERRY REINTKE

Ich streite im Europäischen Parlament für ein progressives und faires Europa.



EU-STRATEGIEN MIT POTENZIAL!

Neben dem Schutz von 30 Prozent der EU-Land- und Meeresfläche sollen mindestens 25.000 km der Flüsse renaturiert werden – die Biodiversitätsstrategie der EU-Kommission hat Potenzial. Auch die Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ geht in die richtige Richtung. Die Nährstoffüberschüsse und der Einsatz von Pestiziden sollen um die Hälfte reduziert werden. Der Ökolandbau soll auf 25 Prozent ausgebaut werden. Diese im Kern richtigen Ziele der beiden Strategien können aber nur dann Wirkung entfalten,

wenn sie sich auch in der jetzigen Agrarreform widerspiegeln. Sie stellt nämlich den wichtigsten gesetzlichen Hebel dar.



MARTIN HÄUSLING

Publikationen und weitere Informationen zu diesem und anderen Themen gibt es auf meiner Homepage www.martin-haeusling.eu

COVID-19 RISIKOGRUPPEN

Risikogruppe – eines der großen Worte der letzten Monate. Das sollte es auch bleiben. Gerade nach dem Lockdown müssen diese Gruppen weiter vor Isolation geschützt werden: Ältere Menschen, von denen einige monatelang in Einrichtungen festsaßen, aber auch junge Menschen mit Vorerkrankungen oder Behinderung, die jetzt fürchten, vom Arbeits- und Sozialleben ausgeschlossen zu werden. Hier müssen solidarische Lösungen her. Gemeinsam mit Aktivist*innen wie Raul Krauthausen und vielen

anderen Grünen habe wir schon im April eine Petition dazu gestartet. Im Juli werden die 26.000 Unterschriften im Bundestag übergeben.



KATRIN LANGENSIEPEN

Ich streite als einzige Frau mit sichtbarer Behinderung im Europaparlament für ein soziales und inklusives Europa.

RASSISMUS ENTGEGENTRETEN!

Der Mord an George Floyd hat Polizeigewalt und Rassismus in unserer Gesellschaft zum Thema gemacht. Die EU hat vor 20 Jahren mit der Anti-Rassismus-Richtlinie eine gute rechtliche Grundlage für die Arbeit gegen Rassismus geschaffen. Die Verfolgung von Diskriminierungsfällen in den EU-Mitgliedstaaten aber bleibt hinter den Erwartungen zurück. Wir fordern mehr Ressourcen und Kompetenzen der lokalen und nationalen Beschwerdestellen, transparente Mechanismen bei der Strafverfolgung von polizeilichem Fehlverhalten und verpflichtende Weiterbildungen der Polizeikräfte zum Thema Rassismus.



ROMEO FRANZ

Ein Problem bleiben die limitierten Ressourcen und Kompetenzen der lokalen und nationalen Beschwerdestellen.

EU-JAHR DER SCHIENE JA BITTE, ABER RICHTIG!

Im Zuge des European Green Deal möchte die Europäische Kommission 2021 zum Jahr der Schiene erklären. Das ist aber kein Selbstläufer! Als Berichterstatterin ist es mein oberstes Ziel, dass es nicht nur bei einer Marketing- und Kulturaktion bleibt. Auch wirkliche Verbesserungen, beispielsweise bezüglich der unfairen Wettbewerbsbedingungen für die Bahn im Vergleich zu anderen Verkehrsträgern, müssen her. Wäre es nicht toll, wenn dadurch neue Nachtzugverbindungen mit symbolträchtigen blauen Wägen und gelben Sternen quer durch Europa entstünden?



ANNA DEPARNAY-GRÜNENBERG

Eine Mobilitätswende ist unabdingbar. Für eine erfolgreiche Transformation ist eine drastische Verkehrsverlagerung auf die Schiene mitentscheidend. Dafür setze ich mich ein.

SEID DABEI: GRÜNE EUROPAWEBINARE

Seit Beginn der Coronakrise organisieren wir fast täglich interaktive Europa-Webinare mit hochklassigen Expert*innen zu Biodiversität, Schengen, Soziales usw. Bisher konnten wir in über 60 Webinaren bereits mehr als 30.000 Interessierte begrüßen – seid auch ihr bald dabei! Alle Infos findet ihr hier: <http://gruenlink.de/1qg4>

Sven Giegold
www.sven-giegold.de

#STANDWITHHONGKONG

Hongkongs Demokratiebewegung war 2019 so mächtig, dass die KP-Führung in Beijing sich entschloss, ihr den Garaus zu machen. Sie benutzt dazu ungehemmte Polizeibrutalität und die Verhängung eines durchgreifenden Zensurgesetzes. Wir im Europaparlament antworten: #StandWithHongKong. EP-Text: gruenlink.de/1s7p

Reinhard Büttikofer
www.reinhardbuettkofer.de

SANKTIONEN – ABER GEZIelt

Gezielte Sanktionen für Menschenrechtsverletzer*innen – die EU plant einen Mechanismus auf Basis einer grünen Initiative. Möglich sein sollen zum Beispiel das Einfrieren von Konten oder ein EU-Einreiseverbot. Die deutsche Ratspräsidentschaft muss dafür sorgen, dass der Mechanismus dieses Jahr verabschiedet wird!

Hannah Neumann
www.hannahneumann.eu

UNTERNEHMEN IN DIE PFLICHT NEHMEN

Immer wieder kommt es zu gravierenden Menschenrechtsverletzungen entlang der globalen Lieferketten. EU-Kommissar Reynders hat jetzt ein Lieferkettengesetz angekündigt, das alle Sektoren umfassen und sogar sanktionsbewährt sein soll. Wir Grüne hatten das lange gefordert – das ist ein großer Erfolg!

Anna Cavazzini
www.annacavazzini.eu



DSA DAS PLATTFORM-GESETZ

Was das Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) für Deutschland ist, wird der Digital Services Act (DSA) für Europa. Er regelt den Umgang der Internetplattformen mit ihren Inhalten – vor allem die kriminellen, hetzenden und beleidigenden Inhalte betreffend. Rein technisch ist die EU nicht für Strafverfolgung zuständig, aber wir können alternative Maßnahmen entwickeln, die dann in ihrem Zusammenspiel bestmöglich greifen: Dazu zählen Transparenzpflichten für Empfehlungsmechanismen und „Social Media Räte“. Darunter verstehen wir Gremien, die ethische Leitlinien erarbeiten und ein offenes, transparentes, rechenschaftspflichtiges und partizipatorisches Forum bieten. Es behandelt grundsätzliche Fragen der Moderation und Löschung der Inhalte von Online-Plattformen. Diese Räte sollten divers besetzt sein, damit sichergestellt ist, dass die Interessen aller Gruppen in der Bevölkerung vertreten werden.



ALEXANDRA GEESE

Ich bin Schattenberichterstatterin der Fraktion für dieses Gesetz, das in Umfang und Bedeutung vergleichbar mit der Urheberrechtsreform und der Datenschutzgrundverordnung sein wird.

SCHROTT-AKW ABSCHALTEN!

Belgien sucht nach einem Endlager für seinen Atom Müll. Mitten im Corona-Lockdown wurde eine Bürger*innenbefragung durchgeführt – und das ohne die eventuell betroffenen Nachbarländer zu informieren. So funktioniert Europa nicht! Gemeinsam mit Grünen aus Belgien, den Niederlanden und Luxemburg haben wir eine Petition gestartet. Wir fordern: Endlagersuche europäisch koordinieren! Atom Müll ist eine gewaltige Bürde, auch für kommende Generationen. Nationale Alleingänge sind fehl am Platz. Schrottmeiler in Tihange und Doel abschalten! Wir können AKW nicht weiterlaufen lassen, ohne überhaupt zu wissen, wohin der über tausende Jahre strahlende Müll soll! Bitte zeichnet die Petition mit: change.org/StoppTihange.



DANIEL FREUND

Ich streite im Europaparlament für mehr Lobbytransparenz, eine demokratischere Union und einen entschiedenen Kampf gegen Korruption.

EU-KONJUNKTURPAKET FALSCH PRIORITÄTEN

Durch das neue EU-Konjunkturpaket „Next Generation EU“ sollen 55 Milliarden Euro über Regionalfonds nahezu bedingungslos an die Mitgliedstaaten ausgezahlt werden. Dies betrifft unter anderem auch EU-Vorgaben zum Klimaschutz. Die Bereiche Kultur, Bildung und Jugend sowie der Europäische Sozialfonds verlieren hingegen wichtiges Geld. Deshalb fordere ich eine zukunftsorientierte Prioritätensetzung und eine Umschichtung der Mittel. Voraussetzungen müssen die Einhaltung von Klimazielen und eine demokratische Mittelverwaltung in den EU-Mitgliedstaaten sein. So würde „Next Generation EU“ wirklich der nächsten Generation zu Gute kommen.



NIKLAS NIENASS

Ich streite für den ländlichen Raum, eine bunte Kulturpolitik, die Anliegen junger Menschen und ein geeintes Europa.

RASSISMUS MEHR REPRÄSENTATION

Rassismus und Polizeigewalt gegenüber Menschen afrikanischer Herkunft sind auch in Deutschland keine neuen Phänomene und deren Bekämpfung liegt mir seit jeher sehr am Herzen. Allerdings finde ich es bezeichnend, dass erst ein weiterer Mensch sterben musste, bevor die Resolution für Menschen afrikanischer Herkunft im Europäischen Parlament verabschiedet wurde. Ich befürworte sie vollends. Der deutsche Kabinettsausschuss zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus bindet in seinem Arbeitsplan auf nationaler Ebene allerdings bis heute an keiner Stelle die schwarzen Menschen in Deutschland ein. Dies muss sich ändern. Schwarze Menschen brauchen eine Stimme!



PIERRETTE HERZBERGER-FOFANA

Weitere Informationen zum Thema Rassismus gibt es auf meiner Homepage www.herzberger-fofana.eu



#LEAVENOONEBEHIND

An den EU-Außengrenzen werden Schutzsuchende in viel zu kleinen Lagern eingepfercht, in denen sie sich nicht vor Covid-19 schützen können. EU-Außengrenzstaaten treten Menschenrechte von Geflüchteten immer offensichtlicher mit Füßen. Wenn ihr das auch schlimm findet, unterstützt die #leavenoonebehind-Kampagne: leavenoonebehind2020.org

Erik Marquardt
www.erik-marquardt.eu

ENG PÄSSE BEENDEN

Probleme entlang der Lieferkette, unlauterer Handel, keine Koordinierung. Im Industrieausschuss setzte ich mich für bezahlbare, verfügbare Medikamente sowie für umweltfreundliche und ethische Produktionsbedingungen ein. Im Herbst wird die Kommission ihre Strategie präsentieren. Ich bleibe weiterhin am Ball!!

Jutta Paulus
www.jutta-paulus.de

GRUNDRECHTE UND KI

Grüne Werte und Grundrechte müssen bei der Regulierung der Künstlichen Intelligenz voll zum Tragen kommen. Dafür mache ich mich bei der KI-Gesetzgebung stark. Haftungsregeln müssen Rechtssicherheit schaffen. Hersteller*innen brauchen Klarheit. Wir alle sollen gleichermaßen von den Chancen profitieren.

Sergey Lagodinsky
www.lagodinsky.de



Europagruppe GRÜNE/
Europäisches Parlament
www.gruene-europa.de
info@gruene-europa.de
twitter: @gruene_europa
facebook.com/europagruene

Verantwortlicher Europaseiten:
Aldo Caruso

TRANSFORMATION DER WIRTSCHAFT

Die Dekarbonisierung der Industrie ist eine wichtige Aufgabe, um unsere Klimaziele voranzubringen. Eine Kampagne zu Grüner Industriepolitik wird zeigen, was die EU leisten kann, damit Unternehmen nachhaltig und wettbewerbsfähig wirtschaften. Der Fonds zum nachhaltigen Übergang soll dazu beitragen, dass die Transformation der Wirtschaft sozial gerecht ist.

Henrike Hahn
www.henrike-hahn.de

LGBTI* IN EUROPA

Während Corona stehen LGBTI* in EU-Staaten unter Beschuss. In Ungarn werden Rechte eingeschränkt. Im polnischen Wahlkampf werden sie Zielscheibe konservativer Politiker*innen und viele Kommunen erklären sich zu LGBTI*-freien Zonen. Wir unterstützen Aktivist*innen und fordern die EU-Kommission auf zu handeln.

Rasmus Andresen
www.rasmus-andresen.de

EU-RATS- PRÄSIDENTSCHAFT

Bei der kommenden EU-Ratspräsidentschaft muss sich Merkel fragen: Was ist ihr Vermächtnis? Mutiger, europäischer und grüner Wiederaufbau mit Klimagesetz oder Verwalten des Status quos? Grüne Jobs, starke Klimaziele und das wichtige europäische Klimaschutzgesetz dürfen nicht unter die Räder kommen!

Michael Bloss
www.michaelbloss.eu

GRÜNE ÖSTLICHE PARTNERSCHAFT

Der European Green Deal ist ein ehrgeiziger Plan, durch den die EU zum ersten klimaneutralen Kontinent werden soll. Gelingen kann das aber nur, wenn wir über die EU-Grenzen hinausdenken und handeln. Die Ukraine, Moldau, Georgien und andere Länder im Osten müssen miteinbezogen werden und mit uns daran arbeiten.

Viola von Cramon
www.violavoncramon.eu

ANZEIGE

FÜR UNSERE
GESUNDHEIT
IST OP-PFLEGER UWE
IMMER ERREICHBAR.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt. Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/uwe

IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER

Dein Grundsatz wird Programm!



Robert Habeck, Annalena Baerbock und Michael Kellner bei der Vorstellung des Grundsatzprogrammentwurfs Ende Juni in Berlin

„Wenn wir wahren und schützen wollen, was uns lieb ist, dann brauchen wir Veränderung, denn Veränderung schafft Halt. Wir wollen mit diesem Programm Gegenwart nicht einfach linear fortschreiben, sondern unser Anspruch ist, Dinge auch wirklich anders zu machen. Wir können Dinge besser machen. Das ist Aufgabe von Politik.“

Annalena Baerbock

Im Jahr 2002, zur Zeit unserer Regierungsbeteiligung im Bund, haben wir zuletzt unsere grundsätzlichen politischen Leitlinien definiert. Seither ist viel passiert. Die Welt hat sich gewandelt, neue Technologien sind entstanden – und viele neue Herausforderungen.

Weil neue Zeiten neue Antworten brauchen, sieht der Entwurf für unser Grundsatzprogramm, den wir Ende Juni in Berlin vorgestellt haben, anders aus als übliche Programme. Er besteht aus einzelnen Paragraphen anstatt aus einem geschlossenen Programmtext. In sieben Kapiteln, die sich an den großen Aufgaben der Zeit orientieren, formulieren wir unseren Standpunkt und beschreiben Grundsätze unseres politischen Handelns. „Dieser Entwurf ist die Antwort auf das überholte Konzept der Volksparteien. Es definiert uns als moderne Bündnispartei mit dem Anspruch auf Mehr-

heitsfähigkeit für die gesamte Gesellschaft“, betont Michael Kellner.

Veränderung schafft Halt

Was bedeutet eine Krise für die Gesellschaft und was folgt aus ihr? Während der Arbeit an unserem neuen Grundsatzprogramm mussten wir für einen Moment innehalten und uns diese Frage stellen. Über Nacht hat die Coronakrise unsere zivilisatorische Verletzlichkeit gezeigt und ein Schlaglicht auf lang bekannte Probleme geworfen.

Die Pandemie trifft eine ohnehin verwundete Welt: Erderwärmung, Globalisierung, Ausbeutung von Menschen und Ressourcen. Weltweit brechen sich Autoritarismus und Nationalismus Bahn, gepaart mit Rassismus und Ausgrenzung. Frauen werden in alte Rollenbilder zurückgedrängt. Die Weltgemeinschaft driftet auseinander, die Gesellschaft auch.

„Wir müssen die Strukturen, die durch die Ökonomisierung und die Liberalisierung so anfällig geworden sind im ökologischen wie im sozialen Bereich so härten, dass wieder Vertrauen in politische Handlungsfähigkeit entsteht“, sagte Robert Habeck bei der Vorstellung des Programmentwurfs.

Jetzt bist du dran!

Bis zum Ablauf des 31. Juli 2020 bist du herzlich eingeladen, den Entwurf zu kommentieren, zu diskutieren und dem Bundesvorstand deine Rückmeldung zu geben. Dazu kannst du im Beteiligungsgrün (<https://beteiligung.gruene.de/3gsp#>) ganz konkret im Text Änderungen vorschlagen und diese begründen. Damit dein Vorschlag veröffentlicht wird, benötigt dieser 49 Unterstützer*innen. Darüber hinaus können Kreisverbände und Bundesarbeitsgemeinschaften eine Rückmeldung zum Textentwurf geben.

Über die Kommentarfunktion im Beteiligungsgrün sowie über einen Kanal im Grünen Forum (Discourse-Forum) könnt ihr euch über die konkreten Rückmeldungen hinaus parteiintern über den Entwurf austauschen. Mit der Veröffentlichung fließt deine Rückmeldung in eine Überarbeitung des ersten Entwurfs ein, die dann der BDK zur Beschlussfassung vorgelegt wird.

Uns ist klar, dass fünf Wochen Rückmeldefrist in der Sommerpause nicht optimal sind. Wir hatten es anders geplant und es uns anders gewünscht, aber Corona-bedingt konnten wir den ursprünglichen Zeitplan leider nicht einhalten.

Der BDK-Antrag des Bundesvorstandes wird am Freitag, 28. August 2020, veröffentlicht. Damit beginnt das reguläre Antragsverfahren: Ihr könnt dann bis zum 9. Oktober – also sechs Wochen lang – Änderungsanträge stellen. Auf der BDK am 20. bis 22. November 2020 beschließen wir dann unser neues Grundsatzprogramm.

Wir freuen uns auf eure Rückmeldungen!

DER WEG ZUM GRUNDSATZPROGRAMM

2020

Diskussion – Antrag – Beschluss

26. Juni

Vorstellung des Entwurfs

26. Juni – 31. Juli

Mitgliederdiskussion und Rückmeldung

28. August

Veröffentlichung des BDK-Antrags

28. August – 9. Oktober

Änderungsanträge

20.–22. November

BDK-Beschluss des neuen Grundsatzprogramms

Ihr habt Anfragen zum Grundsatzprogramm?

Schreibt uns an: grundsatzprogramm@gruene.de

ANZEIGE

100%

Ökostrom für mehr Fahrspaß.

Bei uns sind Sie mit Ladestrom aus erneuerbaren Energien unterwegs.
enbw.com/emob

EnBW

Einfach schnell laden.

Wir machen das schon.

EnBW

Zusammenhalt in Vielfalt



In den letzten Wochen haben sich bei weltweiten Protesten Menschen mit der Black-Lives-Matter-Bewegung solidarisiert. Eine große öffentliche Debatte wurde angestoßen, wie wir als Gesellschaft Rassismus entgegentreten können. Wir Grüne haben uns vor einem Jahr die Frage gestellt, wie wir es innerhalb unserer eigenen Partei schaffen können, strukturelle Ungleichbehandlung abzubauen.

„Mit den Vorschlägen der AG Vielfalt lösen wir für uns als Partei ein, was wir für die ganze Gesellschaft fordern: strukturelle Diskriminierung mit strukturellen Änderungen zu beantworten. Dass die vielfältigen Perspektiven der ganzen Gesellschaft sich in den Parteien abbilden, ist eine zentrale Frage der Demokratie. Dafür gehen wir mit dem neuen Vielfalts-Statut einen großen Schritt in unserer Parteientwicklung.“

Gesine Agena

Darum haben wir im Mai 2019 die Arbeitsgruppe Vielfalt gegründet. Menschen aus der Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalebene wirken hier mit BAG-Sprecher*innen und Basis-Mitgliedern zusammen. Gemeinsam mit externen Expert*innen haben sie Vorschläge erarbeitet, wie wir Vielfalt in unserer Partei aktiv fördern können. Ende Juni hat die AG Vielfalt ihre Ergebnisse vorgestellt.

Unser Selbstverständnis lautet: „Die Vielfalt unserer Partei ist unsere Stärke.“ Daher hat die AG Vielfalt ein Statut erarbeitet, das in unserer Satzung verankert werden soll. Es beinhaltet einen Vielfalts-Kongress, der alle zwei Jahre stattfinden wird, eine*n Vielfaltsreferenten*in in der Bundesgeschäftsstelle sowie den Einsatz eines Diversitätsrats. Dieser beschließt die Richtlinien unserer Diversitätspolitik in Absprache mit der Bundesversammlung.

„Wir werden die bessere Repräsentanz als Partei mit Hochdruck vorantreiben und im Herbst auf unserem Parteitag einen Beschluss dazu fassen. Wir als Gesellschaft sollten Vielfalt als Stärke begreifen und mit ihr eine neue Gemeinsamkeit definieren.“

Robert Habeck

Das Statut sorgt dafür, die Repräsentation von diskriminierten Gruppen in der Partei zu verbessern. Um den Prozess fortlaufend zu begleiten, soll ein Mitglied des Bundesvorstands als vielfalts-politische Sprecher*in gewählt werden. Und: wir evaluieren regelmäßig die Vielfalt in der Partei.

Mit diesen Maßnahmen setzen wir das Ziel „Zusammenhalt in Vielfalt“ um. Das Statut ist die Grundlage für einen entsprechenden Antrag des Bundesvorstandes für die Bundesdelegiertenkonferenz im November 2020. Feedback zum Prozess und den Ergebnissen könnt ihr gerne unter <https://beteiligung.gruene.de/vielfalt> einreichen und diskutieren.



TERMINE


**18. – 19. SEPTEMBER 2020
ENGAGEMENT-FORUM
LEIPZIG**

Wie schaffen wir es, dass sich mehr Mitglieder dauerhaft einbringen können und wollen? Wir widmen uns euren spezifischen Herausforderungen vor Ort und entwickeln Strategien, um Mitglieder zu stärken und die Selbstorganisation voranzubringen.

Infos und Anmeldung im Grünen Wissenswerk:
gruenlink.de/1qt2

**19. SEPTEMBER 2020
BUNDESFRAUENKONFERENZ**

Die Bundesfrauenkonferenz findet in diesem Jahr als feministische Strategiekonferenz statt. Am 19. September ziehen wir gemeinsam die Lehren aus der Coronakrise und fragen uns, wie wir eine krisen-feste und damit auch gleichberechtigte Gesellschaft schaffen.

**9. – 10. OKTOBER 2020
DEMOKRATIEVERTEIDIGER*INNENKONFERENZ**

Vor Ort in Kreisverbänden, Initiativen, Bündnissen und Co. engagieren sich tausende Menschen gegen Rassismus und Antisemitismus und für die Demokratie. Am 9. und 10. Oktober kommen diese Demokratie-verteidiger*innen online zusammen, um sich auszutauschen, zu vernetzen und weiteres Wissen & Werkzeuge für ihr tägliches Engagement mitzunehmen.

DIGITALE TERMINE



Wir haben mit Beginn der Coronakrise unsere Sitzungen und Veranstaltungen ins Netz verlegt, denn das politische Leben darf nicht stillstehen.

Die wichtigsten grünen Termine in den nächsten Wochen mit Infos zur Teilnahme findest du unter: gruene.de/umschalten

Die Liste wird laufend aktualisiert und ergänzt.

Impressum

**Das Magazin der Grünen –
Mitgliederzeitschrift**

Nr. 17, ISSN 2509-3193

Postvertriebszeichen: A02908

Herausgeber:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Michael Kellner

Politischer Bundesgeschäftsführer

V.i.S.d.P.: Annkathrin Schäfer

Redaktion, Gestaltung, Produktion:

Anzinger und Rasp, München

Redaktion: Alexandra Bürger (Leitung),

Gero Günther, Philipp Hauner

Gestaltung: Lukas Millinger

Kontakt Redaktion:

E-Mail: magazin@gruene.de

Redaktion: Das Magazin der Grünen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Triftstraße 13, 80538 München

Anzeigenverwaltung:

Runze & Casper Werbeagentur GmbH

Ruth Hansmann

Linienstraße 214, 10119 Berlin

Tel.: 030/28 01 80-145

E-Mail: verlagsservice@runze-casper.de

Druck:

95.000 Exemplare

Dierichs Druck+Media GmbH & Co. KG,
Kassel, auf 100 % Recyclingpapier.

Den Auflagen von Bayern, Baden-
Württemberg, Berlin, Hessen, Nordrhein-
Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-
Holstein und Thüringen liegen
Zeitungen der Landesverbände oder
Landtagsfraktionen bei.

Das Werbemittel „Waschbär“ der
Umweltversand Triaz GmbH liegt einer
Teilaufgabe bei.

Jahresabonnement:

Vier Ausgaben: 11,90 Euro

Bestellung schriftlich an:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abo/Magazin

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

Die nächste Ausgabe erscheint

voraussichtlich am 25. September 2020.

WE ARE ON
FIRE

act now

taz Klima Abo

10 Wochen
taz digital
plus taz am
Wochenende
für 10€



taz.de/klima-aktiv

1 Euro geht als Spende für
Klimaworkshops an die
taz Panter Stiftung.